Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 175.— Mark, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 70.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 15.— Mark. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4 gespalten oder deren Raum im Text 500.— Mark.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: Durch Austräger 1200.— Mk. pro Woche. Durch die Post 6500.— Mk. pro Monat und Gutschrift des Differenzbetrages für Monat Juli. — Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzerstr. 50 Postscheckkonto: Breslau Nr. 310 59. — Fernspr.: Breslau, Ring 8837

Einzelnummer 250 Mk.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 134. | Dienstag, den 12. Juni 1923. | 5. Jahrgang.

Das Ende einer sozialdemokratischen Teuerungsaktion

Die VSPD. vertraut Cuno / Noske kündigt Blutbad an / Verschärfung in Oberschlesien / Hunderttausend streikende Landarbeiter

Berlin, 11. Juni.

3 Tage Teuerungsdebatte, 3 Tage Reden ohne Beschlüsse. Die Sozialdemokraten, die in Volksversammlungen gegen die Regierung Cuno die schärfste Kritik geübt und sie als Ideal der Großkapitalisten charakterisiert hatten, haben das Schlußwort in der Teuerungsdebatte des Reichstags. Aber hier im Reichstag spürt man nicht das geringste vom Kampf gegen die bankrotte Regierung. Auch im Schlußwort kein Vorstoß, kein Antrag gegen die Regierung des Zusammenbruchs.

Die Sozialdemokraten erhielten nun durch die Kommunisten die Möglichkeit, den angekündigten Kampf gegen die Teuerung und gegen die Regierung Cuno wenigstens zu einem Ergebnis zu führen. Ein Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen die Regierung Cuno wegen ihrer Lohnpolitik, ihrer Rentenquetscherei, ihres Steuerraubs an den arbeitenden Massen, ihrer riesigen Teuerungsschuld wurde mit den genügenden Unterschriften der Kommunisten — auch unterzeichnet von der Ledebour-Gruppe — eingereicht. Der Präsident akzeptierte diesen Antrag als geschäftsordnungsmäßig. Vor der Abstimmung war nur noch eins nötig: daß 30 Anwesende den Antrag unterstützten. Die Sozialdemokraten aber lehnten diese Unterstützung für die Abstimmung ab. **Sie wollen kein Mißtrauen gegen Cuno.** Sie glauben dieser kapitalistischen Regierung noch, daß sie die Teuerung bekämpfen werde. Der „Vorwärts" meldet triumphierend:

> **„Ein Mißtrauensantrag der Kommunisten wurde gegen 5 kommunistische Stimmen abgelehnt."**

Das soll ein Vorstoß gegen die Kommunisten sein. Der „Vorwärts" schwindelt. Alle anwesenden kommunistischen Abgeordneten — zu dieser Stunde acht — und außerdem die Ledebour-Gruppe stimmten für das Mißtrauensvotum. Aber die kurze Feststellung des „Vorwärts" beweist schärfer noch als die kommunistischen Berichte, daß die Sozialdemokraten, die ausgezogen waren, um den Drachen der Teuerung und den Ritter Cuno gleichzeitig zu erschlagen, kaum 3 Tage später offen in die bürgerliche Einheitsfront bis zu den Deutschnationalen und Deutschvölkischen einschwenken, um den Drachen der Teuerung dem Volke zu erhalten und die kapitalistische Regierung Cuno zu retten. Ihr ganzer Teuerungskampf ist damit als **eine elend zusammengebrochene Komödie** enthüllt.

Die Arbeiter in den Betrieben müssen sich durch Kontrollausschüsse, Betriebsräte und verstärkten Druck auf die Gewerkschaften nun selber helfen.

W. K.

Der Kampf in Oberschlesien

Der Betriebsrätekongreß in Gleiwitz

Gleiwitz, 10. Juni

Am Sonnabend abend tagte in Hindenburg eine Vorkonferenz der Betriebsräte, Streikleiter und Funktionäre, die zu der am Sonntag morgen stattfindenden Konferenz Stellung nahmen.

Es war aus Chorzow Meldung eingelaufen, daß in einer Betriebsrätevollversammlung zur Streiklage Stellung genommen werden sollte und mit einer Stillegung des Chorzower E.W. zu Dienstag morgen gerechnet werden kann. In einem Flugblatt hat sich die Zentralstreikleitung an die Unternehmer gewandt zur Bewilligung der Forderungen. Die Unternehmer aber haben jede Verhandlung abgelehnt. Sie wollen die Gelegenheit benützen, um die Betriebe zu „säubern".

Sollte bis Montag abend kein greifbares Resultat von den Unternehmern zu erzielen sein, werden die Notstandsarbeiten eingestellt werden.

Zentralstreikleitung wird durch Auswechselung von Zentralstreikleitung wird durch Auswechselung von 2 Genossen aufgenommen.

Zu der am Sonntag morgen 9½ Uhr in der Neuen Welt in Gleiwitz stattgefundenen Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre erhält zum einleitenden Referat Franz vom DBAV. das Wort. Er geht in breiten Ausführungen auf die internationale Wirtschaftslage ein und vertröstet die Massen auf bessere Zeiten. Die Gewerkschaften seien nicht in der Lage, die wirtschaftliche Not zu lindern, auch eine Arbeiter-Regierung könne dies nicht. Er zieht in demagogischer Weise Sowjetrußland heran und ergeht sich in **wüster Bolschewistenhetze.** Jetzt wird er von der Versammlung stürmisch unterbrochen. Trotzdem provoziert er in demselben Tone weiter. Auf den Tribünen haben sich unterdessen Funktionäre, die nicht den freien Gewerkschaften, sondern der Union angehören, eingefunden. Franz unterbricht nun sein Referat und erklärt die Versammlung für beendet. Darauf stürmischer Protest aus der Versammlung, die die Zulassung der Unionisten und die Fortsetzung des Referats verlangt. Trotzdem verläßt Franz unter der Aufforderung an die freigewerkschaftlichen Kollegen, den Saal zu verlassen, die Tagung. Außer Karger (DMV.) haben **sämtliche Gewerkschaftsführer den Saal verlassen,** Karger hat jedoch auch den Vorsitz niedergelegt. Unterdessen haben sich im Garten die Demonstranten, etwa 40 000, gesammelt. Das Lokal ist von Schupo umstellt, die jeden am Verlassen des Lokals verhindert.

Der Genosse Marggraf, versuchte die Gewerkschaftsführer wieder zur Teilnahme am Kongreß zu bewegen, doch bleiben seine Bemühungen vergeblich. Die Versammlung verhandelt dann über die Zulassung der Union zur Konferenz. Vor der Abstimmung verließen die Unionistischen Betriebsräte den Saal, um den Gewerkschaftsführern nicht den Vorwurf der Wahlbeeinflussung zu geben. Die Konferenz, die sich folgendermaßen zusammensetzt:

Betriebsräte: Freigewerkschaftliche 123, Christliche 12, Poln. Berufs-Verband 16, Poln. Zentral-Verband 3, Hirsche 11; Funktionäre der freien Gewerkschaften 172, christliche 26, Hirsche 33, Poln. Berufs-Verband 16, Poln. Zentralverband 9; insgesamt also 426 Teilnehmer, beschließen gegen 22 Stimmen, die Unionisten zuzulassen. Nun werden die 40 anwesenden Unionisten wieder zugezogen. Darauf wird mit allen gegen 2 Stimmen die Zuziehung der Zentralen Streikleitung von Beuthen, Hindenburg und Gleiwitz mit beratender Stimme beschlossen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. In der Diskussion kamen Sprecher aller Gebiete zu Wort. Auch die noch nicht streikenden Betriebe, wie Bauarbeiter, Metallarbeiter usw. erklärten ihre Sympathie mit dem Kampf der Bergarbeiter, und werden bei Aufrufung des Generalstreiks in geschlossener Front mitkämpfen. Große Erregung herrscht über den Verrat der Gewerkschaftsführer, die aus kleinlichen Organisationsbedenken eine Massenbewegung der Arbeiterschaft im Stich lassen.

Nach Schluß der Diskussion wird über die Anträge abgestimmt. Es wird einstimmig beschlossen, für Montag früh 5 Uhr den Generalstreik auszurufen.

Außerdem wird beschlossen, eine Delegation nach Berlin zu entsenden. Eine von Jadasch eingebrachte Resolution findet einstimmig Annahme. Die Resolution lautet:

Resolution

Die heutige von den der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Organisationen einberufene Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute stellt mit Empörung fest, daß die Gewerkschaftsführer, nachdem sie sahen, daß die Konferenz nicht nach ihrem Willen sich zum Streikbruch mißbrauchen ließ, diese verließen. Die Gewerkschaftsführer haben damit bewiesen, daß sie nicht mehr gewillt sind, die Interessen der Arbeiterschaft Oberschlesiens zu vertreten, sondern bereit sind, an der Seite der Kapitalisten gegen die Arbeiterschaft zu kämpfen. Trotz dieses schnöden Verrats der Gewerkschaftsführer sind die Betriebsräte und Vertrauensleute sämtlicher Organisationen bereit, den so einmütig begonnenen Kampf bis zum siegreichen Ende zu führen. Sie fordern alle Kameraden auf, im Kampfe zu verharren und diejenigen, die noch nicht in den Kampf eingetreten sind, sich dem Kampfe anzuschließen.

Die Konferenz hat zu der von den Betriebsräten gebildeten Streikleitung volles Vertrauen und gelobt, dasselbe überall mit aller Kraft zu unterstützen, bis die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft durchgesetzt sind.

Die Konferenz stellt mit Genugtuung fest, daß die Union der Hand- und Kopfarbeiter als alleinige Organisation sich der kämpfenden Arbeiter angenommen hat und an ihrer Seite steht.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute erkennen, daß nur die Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft in der Lage ist, sie aus der wirtschaftlichen Not zu befreien und geloben daher, alle Saboteure der Einheitsfront entschieden zurückzuweisen.

Es lebe die Einheitsfront des oberschlesischen Proletariats!

Die Bewegung im „Randgebiet"

Zawadzki OS. Die Metallarbeiter des hiesigen großen Eisenwerkes sind infolge Lohndifferenzen in den Streik getreten. Starke Erbitterung herrscht hier wegen der Untätigkeit der Gewerkschaftsführer in dieser Frage.

Königshuld. Die Metallarbeiter des hiesigen großen Eisenwerkes nahmen in einer am Freitag stattgefundenen Belegschaftsversammlung gegen 1 Stimme, nämlich die des früheren Betriebsrat-Vorsitzenden (SPD.), eine Erklärung, die den streikenden Arbeitern in Oberschlesien ihre Sympathie ausspricht, an.

Malapane OS. Eine gleichlautende Sympathieerklärung wie in Königshuld nahmen die Arbeiter der staatlichen Hütte in einer Belegschaftsversammlung an. Das staatliche Hüttenwerk ist am Montag in Streik getreten.

(Weitere Streikberichte aus Oberschlesien Seite 2.)

Bergarbeiterstreik in Lehmwasser

Lehmwasser, 11. Juni.

In einer heute stattgefundenen, stark besuchten Belegschafts-Versammlung des „Schultesschacht" (1200 Bergarbeiter) und des „Kriegsschacht" (500 Bergarbeiter) wurde der Streik gegen 5 Stimmen beschlossen. Als Forderungen wurden die von den Waldenburger Bergarbeitern gestellten anerkannt. Die Stimmung der Streikenden ist vorzüglich. Die Streikleitung setzt sich aus Angehörigen aller Parteien zusammen.

Verschärfung des Landarbeiterstreiks

Aus Münsterberg wird uns geschrieben:

In einer großen Versammlung wurde am Sonntag, den 10. d. Mts. der Landarbeiterstreik von über 2300 Landarbeitern beschlossen. Beginn Montag früh in verschärfter Form, d. h.:

Notstandsarbeiten werden nicht verrichtet.

Der Kreisleiter Schwarzer vom DLV. hielt das Referat, ergänzt wurde dasselbe vom Ortsausschuß-Vorsitzenden Hanisch. Im Referat wurde die ganze unglückliche Lage der Landarbeiter vor Augen geführt. Genosse Lischke sprach sich für den verschärften Streik aus, damit dadurch die Großagrarier schneller auf die Knie gezwungen werden.

Am Montag war die Streiklage gut. 90 Proz. der Landarbeiter stehen im Streik.

Zu dem Streikgebiet gehören 38 Dörfer.

Wie die Teuerung wächst

Nach den Berechnungen der „Industrie- und Handelszeitung" (Stinnes) sind die Lebenshaltungskosten in der abgelaufenen Woche vom 2. bis 8. Juni um 19 Prozent gestiegen. Der Ernährungskostenindex stieg von 6930 auf 8250, das ist um 19,1 Prozent. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist dieses Mal in erster Linie zurückzuführen auf die Erhöhung der Brot- und Mehlpreise, der Fleisch- und Fischpreise, sowie der Preissteigerungen für Fette, Milch und Eier.

Nach den Berechnungen der gleichen Zeitung liegt die Mehrausgabe bereits in der ersten Juniwoche 30 Prozent über dem Maidurchschnitt, und man muß dabei immer beachten, daß es sich hier um einen möglichst niedrig gehaltenen Index eines kapitalistischen Blattes handelt, daß die Teuerung in Wirklichkeit weit größere Fortschritte macht.

Die Vogelscheuche

Kuno, Berlin.

Eine Vogelscheuche ist eine nützliche Erfindung. Von weitem ähnelt sie einem Menschen. Hat sie einen Zylinder auf, so ähnelt sie einem Gentleman. Sie macht Bewegungen im Winde, dann steht sie selbständig aus.

Eine Vogelscheuche soll die Vögel schrecken, fremde und einheimische. Sie sieht aus wie ein Mensch, sogar Bewegungen macht sie, als ob sie selbständig wäre. Sie soll also sozusagen die Gimpel verkohlen. Die Spatzen, Wiesenpieper und andere auch. Die größeren Vögel lassen sich von ihr nicht imponieren. Sie kacken ihr sogar manchmal auf den Zylinder, die fremden und die einheimischen. Die Raubvögel, die es ja in unserem Deutschland, Gottseidank, nicht gibt, hacken sogar nach der Vogelscheuche: Sie rupfen sie und bauen sich aus ihrer „Substanz" ein warmes Nest. Was übrig bleibt, ist eine gerupfte Vogelscheuche.

•

Der Reichskanzler Cuno, früher angestellt bei der Hapag, jetzt (zeitweilig) bei der Deutschen Republik (Firma in Liquidation), hat in Münster eine große Rede gehalten. Diese Rede ist bemerkenswert, weil sie eine politische Rede sein soll und (immerhin) von einem Angestellten der deutschen Republik kommt, der nicht nur ein sauber gebürstetes Jackett und einen glänzenden Zylinder hat, sondern auch den Titel: Reichskanzler. Herr Cuno ist ein Politiker. (Aus seiner neuesten Rede könnte man das nicht schließen. Aus den früheren übrigen auch nicht.)

Was er ausführte, war klar und bieder.

Erstens: Münster liegt in Westfalen (das ist, wie wir uns nach Atlas und Baedecker überzeugt haben) richtig.

Zweitens: In Münster ist 1648 der Westfälische Friede geschlossen worden (nach Pütz' Geschichtstabellen ist das richtig. Uebrigens wird auch Osnabrück als solcher Ort angegeben, Herr Cuno kann also noch eine zweite Rede halten).

Drittens: Die Presse hat schwere Sorgen und verantwortungsvolle Aufgaben (Stinnes! Papierpreise und WTB., Stinnes und TU.).

Das sagte Herr Cuno. Es war gut und klar gesagt. Er sprach — viertens — noch einiges Politische. Darüber wollen wir besonders handeln. Vorerst sei aber bemerkt, daß er sich Herrn Reichsarbeitsminister Brauns mitgebracht hatte und daß Herr Oberbürgermeister Sperling eine Begrüßungsansprache hielt. Herr Baecker (derselbe, der in der „Deutschen Tageszeitung" gegen Cuno „Opposition" macht) auch. Besser ein Sperling in der Hand, als Herr Baecker in der „Deutschen Tageszeitung". In Münster hingegen ist derselbe sehr gut, von wegen des Westfälischen Friedens.

•

Stehen auf einem Acker drei Vogelscheuchen, so sind es ihrer drei. Drei Vogelscheuchen.

Auch wenn sie noch so stark im Winde wackeln. Es sieht gut aus, wenn sie verschieden anzusehen sind, weil sich die Vögel sonst langweilen und nicht schrecken lassen. Wenn sie gleich anzusehen sind, so lassen sich die Vögel nicht schrecken.

•

Als Herr Aufhäuser im Reichstag die Interpellation der großen Sozialdemokratischen Partei begründet hatte, antworteten ihm drei Minister; gleich drei. Brauns (derselbe, der oben mit Sperling zusammen erwähnt war), Hermes (der auf die neue Ernte — an Steuern, nicht an Wein — hofft) und Becker (der nicht in der „Deutschen Tageszeitung" schreibt, aber dort schreiben könnte). Als sie sprachen, liefen die Abgeordneten aus dem Saal (sie hatten sich schreiben lassen). Als die Kommunisten ein Mißtrauensvotum gegen den so „scharf" von der Sozialdemokratie bekämpften Cuno einbrachten

wollen. Stehen sich die SPDer erschrocken und machten nicht mit. Sie sind halt vorsichtige Menschen: es hatten drei Minister gesprochen.

•

Wenn eine Vogelscheuche lange auf derselben Stelle steht und dieselben Bewegungen macht, wird sie langweilig und lächerlich.

•

Die Rede, die Cuno in Münster hielt, war weder neu noch interessant.

„Die Lösung des Reparationsproblems um jeden mit der deutschen Staatsfreiheit und der deutschen Wirtschaftskraft zu vereinbaren-den Preis ist das Ziel".

Daher nationale Phrasen und „passiver Widerstand".

„Nichts ist unterlassen worden, was der Lösung dieser Aufgabe dienen konnte".

Daher die drei erwähnten Ministerreden, deren Sinn war: das Programm der Schwerindustrie wird durchgeführt.

Aber:

„Lange bot auch keine andere Macht dem suchenden Auge einen Anhalt, an dem wir hätten einsehen können, bis die bekannte Unterhausrede des englischen Staatssekretärs des Aeußern und gleichlautende Ratschläge der italienischen Regierung eine neue Möglichkeit gaben".

Sagt Cuno. Daher: die Denkschrift der Schwerindustrie und dann das Memorandum.

•

Wenn auf einem Acker dem suchenden Auge eine Vogelscheuche einen Anhalt bietet, setzt eine Freude darüber ein, daß sie im Winde sich beinahe so bewegt, als sei sie selbständig. Sollte aber die Vogelscheuche — was ein katholisches Wunder wäre, das bei uns, im wohlgeordneten Deutschland, Gottseidank, nicht möglich ist — zu reden beginnen und ihre Selbständigkeit preisen, sowie von Recht und Freiheit schwatzen, so würde ein Höllengelächter die Antwort sein.

•

„Seitdem ist alles geschehen, um die außenpolitische Lage zu erforschen".

Die Lage ist erforscht. Daraufhin geht das Memorandum los.

„Wo man die Sprache der Ehrlichkeit und eines die gegebene Lage berücksichtigenden realpolitischen Geschäftssinnes versteht, wird man ihn werten als einen Beweis der Aufrichtigkeit und des ernsten Willens Deutschlands, die Reparationsfrage der Lösung entgegenzuführen".

Das Deutschland, welches Cuno meint, pumpt sich bei der Reichsbank Mark, kauft sich dafür billig Dollar, treibt dann den Dollarkurs in die Höhe, macht aus einem Dollar 4, kauft sich billig Rohstoffe und billig Mark und zahlt dann die „Schulden" zurück. Das Deutschland macht ein gutes Geschäft. Und die „Lösung", die Herr Cuno meint, ist die, welche auch Stinnes meint, und Bücher, Borsig und Konsorten. Das ist die Lösung, von der die Losung lautet: arbeite wenn du willst, bete dazu, und rühre dich nicht gegen die hohe Obrigkeit.

•

Wenn eine Vogelscheuche im Winde fuchtelt, ist sie trotzdem kein selbständiges Wesen. Die großen Raubvögel machen, was sie wollen, die fremden und die einheimischen. Die Vogelscheuche schadet ihnen nicht, sie treibt ihnen Gimpel zu und kann noch gerupft werden.

•

Wer soll den Streit des „realpolitischen" Cuno mit den „die Sprache der Ehrlichkeit berücksichtigenden" Räubern der Entente entscheiden?

„... eine unparteiische internationale Instanz, eine Instanz für deren Urteil objektive Tatsachenforschung, nicht politische Gunst oder Mißgunst bestimmend ist".

Herr Cuno scheint eine solche Instanz zu kennen. Wir nicht.

„Nun mag die Welt sagen, ob sie Frieden und Wiederaufbau will oder Unfrieden und Zerstörung".

Die „Welt" will — Profite. Das ist die Welt des Cuno und der Räuber auf der anderen Seite. „Frieden und Wiederaufbau" wird es erst dann geben, wenn kein Cuno und kein Poincaré mehr Reden halten können im Stile der genannten.

„Wenn außerdem jeder im unbesetzten Gebiet zum Deutschen Volksopfer spendet".

So werden Stinnes und die Seinen noch weniger Löhne aus eigenem zu zahlen haben.

•

Wenn Raubvögel die Vogelscheuche anfallen und zerzupfen, dann fuchtelt sie gar erschrecklich mit Armen und Beinen und selbst der Zylinder bewegt sich. Aber schließlich bleibt sie gerupft.

•

Von den Bewohnern des Ruhrgebietes spricht Cuno sehr beweglich.

„Sie sollen wissen, daß nichts geschehen wird, was sie in ihrem Ausharren hemmen könnte".

Außer da hier nichts zu fressen haben werden und bei guter Gelegenheit von Falzifikat, Schupo

„Wir wären der Heimat und der Freiheit nicht wert, wenn wir sie preisgäben".

Aber die Aktien werden mehr wert sein, wenn wir verstehen, den Preis gut zu kalkulieren. Die Hapag-Aktien zum Beispiel steigen rapid, trotzdem Herr Cuno (der der Heimat wert ist) dort einmal leitender Angestellter war.

„Es gibt keinen Preis, für den uns die deutschen Lande an Rhein und Ruhr, an Mosel und Saar feil wären."

Ein Kaufobjekt? Alle betrachten Rennstallbesitzer pflegen so zu beginnen: diesen Gaul verkaufe ich um keinen Preis. (Er kostet — für Dich — soundsoviel).

•

Das System der Vogelscheuchen ist veraltet. Es gibt bessere Mittel den Acker zu schützen. Freilich muß man dann auf den Zylinder verzichten. Der sieht zwar manchem noch imposant aus, aber Vogelscheuche bleibt Vogelscheuche.

(Es scheinen zwei Manuskripte durcheinandergeraten zu sein. Das eine war eine wissenschaftliche Abhandlung über Vogelscheuchen, das andere ein politischer Artikel über die jüngste Kanzlerrede. Man muß beides auseinanderzuhalten verstehen.

———

Noske kündigt ein neues Blutbad an!

Die bürgerlichen Klatschen Beifall!

Im Hannoverschen Provinziallandtag sagte Oberpräsident Gustav Noske:

„Die Arbeiterschaft müsse sich des Ernstes der Lage bewußt sein und die deutsche Wirtschaft könne solche Experimente wie im Ruhrgebiet nicht vertragen. Nichts sei verderblicher, als Betrieb auf Betrieb jetzt in Streiks zu hetzen. Auch in Hannover versuche man täglich, in der Presse und in Versammlungen, die Arbeiterschaft zu einer „sinnlosen" Bewegung zu veranlassen und in den Betrieben sei eine Bewegung vorhanden, die er aber aufmerksam verfolge um bei gegebenem Anlaß „Ruhe und Ordnung" aufrechtzuerhalten." Zuruf des Genossen Ehebrecht: So wie 1919 im Ruhrgebiet! Davon verstände er nichts. Erneuter Zuruf des Genossen Ehebrecht:

An meinen Fingern klebt ja auch nicht das Blut von Arbeitern!

Noske fortfahrend: **„Das, was im Ruhrgebiet geschehen ist, werde ich jeden Tag, wenn es sein muß, wiederholen.** (Stürmisches Bravo! rechts.) **Und wenn die Kommunisten versuchen, in Hannover eine ähnliche Bewegung wie im Ruhrgebiet anzuzetteln, so dürfen sie sicher sein, daß das Experiment schief ginge.** Alle Kräfte müßten jetzt zusammengefaßt, alle Sonderinteressen zurückgestellt werden zum Wohle des ganzen Vaterlandes." (Stürmisches Bravo, rechts, während die Sozialdemokratie verlegen schwieg).

Abg. Menge (D. Volksp.) Hannover, begrüßte die mutigen Worte Noskes, wofür er ihm ehrerbietig dankte, und erklärte, zur Sozialdemokratie gewandt, daß wenn auch sie so viel Mut aufbrächte wie Noske, es bald anders aussehen würde.

Genosse Ehebrecht gab darauf namens der kommunistischen Fraktion die Erklärung ab, daß der Streik im Ruhrgebiet kein kommunistisches Experiment gewesen sei, so wie es Noske hinzustellen sich bemüht habe, sondern ein Kampf der gesamten Arbeiterschaft, geboren aus der unerträglichen Not, in die sie Regierung und Kapitalismus gestürzt hätten. Die Drohung Noskes mit einem

neuen Blutbad

aber müsse heute hier schon vor aller Oeffentlichkeit festgestellt werden. Die Arbeiterschaft und auch die Erwerbslosen würden dem zu begegnen wissen.

Dann legte der Universitätsprofessor Dr. Brandi (D. Volksp.) Noske für seine „staatsmännischen" Ausführungen seinen tiefempfundenen Dank zu Füßen, und als Dritter bestieg der Oberbürgermeister Dr. Rißmüller, Osnabrück, die Tribüne, um seinen überquellenden Dankgefühlen für die aufrechten Worte Noskes Ausdruck zu verleihen.

———

Verrat an den Landarbeitern

Die Landarbeiterfront wird von der DLV.-Bürokratie gesprengt

Die Folgen der Ruhrpolitik des Industrie- und Agrarkapitals mit ihrer Cunoregierung und den sozialdemokratischen Helfershelfern, Markentwertung und maßlose Teuerung, treffen die Landarbeiterschaft in fast noch größerem Maße, als die Industriearbeiter. Der Landarbeiter Kampffront ist noch zersplitterter als die der Industriearbeiter; aber die Bürokraten der freigewerkschaftlichen Landarbeiterorganisation fühlen sich nicht verpflichtet, desto energischer die Front der Landarbeiter zusammenzuschweißen, sie unterlassen vielmehr nichts, um die Front der Landarbeiter noch mehr zu zersplittern. Solche Verräterei bedingt die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum.

Dies zeigt sich wieder drastisch bei dem schlesischen Landarbeiterstreik. Seit 15. Februar erhielten die Landarbeiter keine Lohnerhöhung, erst ab 23. Mai wurde der Lohn für volljährige Landarbeiter um 80 Papiermark pro Stunde erhöht. Damit waren die schlesischen Bürokraten des DLV. einverstanden, unter der ausdrücklichen Erklärung, sie wollten einen Landarbeiterstreik verhindern. Nach dieser Lohnerhöhung

Deputatarbeiter pro Woche einen Barlohn von 9000 Mark (!) bei 10stündiger Arbeitszeit. Diese „Lohnerhöhung" provozierte geradezu einen Kampf der Landarbeiter für ausreichende Lohnaufbesserung.

Spontan traten die Landarbeiter fast sämtlicher Landkreise Schlesiens in den Streik. In jedem Kreis wurden andere Forderungen erhoben, ein Beweis dafür, daß die Bewegung nicht unter einer einheitlichen Leitung stand. Unabhängig vom andern waren sie in den verschiedenen Kreisen ausgebrochen. Nachdem die Landarbeiter Schlesiens einige Tage im Streik standen, hielt es die Gauleitung des DLV. für zweckmäßig, den Streik anzuerkennen und zum — Generalstreik aufzurufen — um ihn schleunigst abwürgen zu können.

Der Aufruf zum Generalstreik durch die DLV.-Bürokratie ist zugleich der Beginn zum Verrat des Generalstreiks durch die DLV.-Bürokratie. In dem Aufruf heißt es: „Aushalten, bis eine zentrale Verhandlung die Lohnverhältnisse für die Provinz regelt!" — Gleichzeitig gab die Gauleitung des DLV. ein „vertrauliches" Rundschreiben an die Ortsgruppenvorstände des DLV. heraus, das die **Durchlöcherung des Generalstreiks bezweckt.** In dem Schreiben werden die Forderungen aufgestellt, die auch der „Vorwärts" vom 10. 6. veröffentlicht. Es soll die Arbeit wieder aufgenommen werden, wenn als Notbehilfe ein Monatslohn nach den Februarsätzen (!), ferner die Verdiersachung der Februarlöhne für Juni bewilligt wird, die Arbeitgeber auf Entlassungen aus Anlaß des Streiks verzichten und die Naturaldeputate für die Streiktage nicht abgezogen werden. Die prozentuale Lohnerhöhung, wie auch die Notbehilfe in Höhe des Monatslohnes, gelten keineswegs für den Gesamtlohn, sondern nur für die ganz geringen Barlöhne.

Der Bericht im „Vorwärts", wie auch der erwähnte Satz aus dem Aufruf zum Generalstreik erwecken den Glauben, es handle sich hier um zentrale Forderungen und als ob die Wiederaufnahme der Arbeit im ganzen Bezirk abhänge von deren Annahme im ganzen Gau. In dem Rundschreiben jedoch werden die einzelnen Ortsgruppenvorstände angewiesen einzeln mit den Arbeitgebern auf Grund der Forderungen zu verhandeln und dort, wo die Forderungen anerkannt werden, die Arbeit wieder aufzunehmen. **Praktisch bedeutet das die Durchlöcherung des Generalstreiks, die Sprengung der Streikfront. Die Bürokratie organisiert praktisch die Niederschlagung der streikenden Landarbeiter.**

Diesen Verrat an der Landarbeiterschaft versuchen die DLV.-Bürokraten durch eine schamlose Kommunistenhetze zu verschleiern. Eigens dazu ist als Vertreter des Hauptvorstands Georg Schmidt nach Schlesien gefahren, um Pogromstimmung gegen Arbeiter zu machen. In einer Kreisversammlung der streikenden Landarbeiter in Breslau, in der Georg Schmidt zur Köderung der Landarbeiter weitgehendere Forderungen, als oben festgestellt, proklamierte, meldete sich ein kommunistischer Landarbeiter zum Wort. Er wurde, verleumderisch, als ein Abgesandter des Grafen v. Keyserlingk bezeichnet. Landarbeiter, die den Genossen nicht kannten, stürzten sich auf ihn, andere Landarbeiter, die wußten, wer der Verleumdete war, suchten ihn zu schützen. So wurde durch die Lumperei eine Prügelei unter den Landarbeitern inszeniert. Daß es sich dabei um ein planmäßiges Vorgehen handelte, geht daraus hervor, daß in Liegnitz dasselbe Manöver versucht worden ist, allerdings mit anderm Erfolg. Dort kannten die Landarbeiter den kommunistischen Redner; sie bezeichneten die Verbandsbürokraten als elende Verräter und erklärten sich mit den Ausführungen des Kommunisten einverstanden. Ueber ähnliche Vorgänge wird aus dem Kreis Hahnau berichtet.

Die Landarbeiterschaft ganz Deutschlands muß daraus die Lehre ziehen, daß manchen arbeitsgemeinschaftlichen Bürokraten kein Mittel zu schmutzig ist, um den Kampf der Arbeiter für bessere Lebensbedingungen abzuwürgen. Entschlossener und geschlossener als bisher muß darum nun die Landarbeiterschaft ihren Kampf führen. Die schlesischen Landproletarier haben das größtenteils erkannt, sie erzwingen jetzt die sofortige Einberufung von Kreis-Konferenzen. Sie wollen ihre Kampffront stärken und die Führung des Kampfes unter ihre Kontrolle stellen.

———

Vorbereitungen zum Blutbad

Bürgerliche Blätter melden das Abrücken Oppelner Schupo nach dem oberschlesischen Streikgebiet. Bekanntlich befinden dort proletarische Hundertschaften die die Ordnung mustergültig aufrecht erhalten. Die Absendung von Schupo bedeutet also eine überflüssige provokatorische Maßnahme.

———

Demonstration Oppelner Bauarbeiter

Oppeln, 11. Juni.

Um 2 Uhr verließen am Montag die hiesigen Bauarbeiter, etwa 3000 Mann, die Baustelle in proletarisch-disziplinierten Zuge und begaben sich

gegen die Nichtbewilligung der Lohnforderung zu demonstrieren. Sollte das heute, Montag, zu erwartende Ergebnis ungenügend ausfallen, so ist damit zu rechnen, daß sämtliche Bauarbeiter Oppelns in den Streik treten.

———

Oberschlesien

Streikbrecherschutz durch den Gleiwitzer Polizeipräsidenten

Der Polizei-Präsident Beck in Gleiwitz hat folgenden Aufruf ankleben lassen, der sich natürlich praktisch nur gegen die Streikenden richtet:

Aufruf!

Der Streik ist ein wirtschaftlicher Kampf. Als solcher geht er die Polizei nichts an. Die Polizei hat für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen, Recht und Freiheit jedes Staatsbürgers zu schützen. Sie muß einschreiten gegen Jeden, der durch aufhetzende Rufe und Schimpfworte, Drohungen oder gar Gewalttätigkeiten die öffentliche Sicherheit stört.

Ansammlungen, welche geeignet sind, die Ordnung und den Verkehr auf öffentlichen Wegen zu stören, können nicht geduldet werden.

Streikposten müssen wissen, daß durch Ansammlung mehrerer Personen vor Werkeingängen der Verkehr und die Freiheit des Einzelnen behindert werden.

Die Schutzpolizei tut nur ihre Pflicht, wenn sie derartigen Ausschreitungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegentritt.

Im Vertrauen auf den guten Sinn und die Schulung der Arbeiterschaft, bitte ich die Streikenden, die Schutzpolizei in der Erfüllung ihrer Pflicht durch Ruhe und Selbstbeherrschung zu unterstützen, damit unlautere Friedensstörer umso leichter zu erkennen sind.

Gleiwitz, den 8. Juni 1923.

Der kom. Polizei-Präsident. Beck.

Trotz gegenteiliger Versprechungen hat die Polizei zwei Listen für gesammelte Streikgelder beschlagnahmt.

Der Polizeipräsident hat weiter ein Plakat herausgegeben, **daß jede Demonstration und Versammlung unter freiem Himmel verbietet.** Streikbrecher werden dem besonderen Schutz der Polizei unterstellt. Die Zentralstreikleitung nahm gegen diese Provokation Stellung. Aber Polizeipräsident und Oberbürgermeister verboten erneut jede Demonstration. Die Zentralstreikleitung lehnte daraufhin die Verantwortung ab und machte die Behörden für Zwischenfälle verantwortlich. Der Polizeipräsident fuhr in zwei Autos mit Arbeitgebern durch Gleiwitz und entfernte die Plakate der Streikleitung.

In Borsigwerk wurde den Streikbrechern polizeilicher Schutz versprochen. Im Gegensatz zu den Selbstschutzlern, die sich der proletarischen Bewegung anschließen, beschützen die Hitlergarden die Streikbrecher und beschimpfen die Arbeiter.

Es geht vorwärts „im Randgebiet"

Am Sonntag nachmittag fand in Zawadzki in O.-S. eine öffentliche Versammlung der KPD. statt, die besonders stark von den streikenden Arbeitern des Hüttenwerkes Zawadzki besucht war. Wohl kaum hat Zawadzki eine derart überfüllte Versammlung gesehen. Genosse Eildermann behandelte den Streik in Oberschlesien und den Kampf im Ruhrgebiet unter größter Spannung der Versammelten und oft vom Beifall der kampfesfreudig gestimmten Arbeiterschaft unterbrochen. In der Aussprache meldete sich der Vorsitzende des VSPD.-Ortsvereins, Sigmund, zum Wort, der den Ausführungen des kommunistischen Redners im allgemeinen zustimmte. Nur glaubte er, Severing handele „ehrlich und gerecht", wenn er mit den Orgeschorganisationen auch die proletarischen Hundertschaften verbiete. Der VSPD.-Mann Hawellek hielt eine lange Rede, in der er mit den fadenscheinigsten Gründen die SPD.-Politik verteidigte. Er schimpfte natürlich auf Moskau und Sowjet-Rußland, trat aber für den Bestand der Cuno-Regierung (die noch „weiter zeigen soll, was sie kann"). Redner wurde öfters vom Unwillen der Versammelten unterbrochen. Im Schlußwort widerlegte Gen. Eildermann die Angriffe des Stinnessozialisten und erntete stürmischen Beifall. Nach der Versammlung wurden die Vorbereitungen getroffen für die Gründung einer Ortsgruppe Zawadzki, der KPD., die einen starken Mitgliederzustrom aufzuweisen hat.

Vom Selbstschutz in Beuthen

Am Sonntag holten die Selbstschutzleute in Beuthen ihre Offiziere aus dem Kaffeehaus Hindenburg, welche die Gelder dort verbrauchten, die für die Mannschaften bestimmt waren. Die Offiziere wurden von den Mannschaften erheblich verprügelt. Die Proletarier stellten sich als Hundertschaft der Zentralstreikleitung zur Verfügung. Die irregeleiteten Arbeiter, die (unbewußt!) für das Kapital Schergendienste leisteten, gelobten, ihre Waffen nie wieder gegen Arbeiter zu erheben, wohl aber Seite an Seite mit den proletarischen Revolutionären

Beilage zur „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Nummer 134 — 5. Jahrgang.

Die Garantie der Agrarkapitalisten

Ein Schlag gegen die Kleinbauern, Siedler, Industrie- und Landarbeiter! / Sozialdemokraten als Helfershelfer!

Nach den Industriemagnaten, nach Stinnes kommen die Agrarkapitalisten, kommt Freiherr von Richthofen mit einem „Garantieangebot“. Was wird geboten? **Nichts!** Die am 4. Juni tagende Vertreterversammlung des großagrarischen „Reichslandbundes“ hat das Problem „eingehend erörtert“ und „erkennt die Pflicht jeden Standes, für die Freiheit des deutschen Volkes auch die schwersten Opfer zu bringen“. Die „schwersten Opfer“ der Agrarkapitalisten bestehen in nichts anderem als in Forderungen, die ihnen die schamloseste Ausbeutung der Landarbeiter garantieren sollen; die ihnen die Garantie der Schutzpolizei, Reichswehr und „Technische Nothilfe“ zur Niederschlagung der Landarbeiterstreiks sichern sollen; die ihnen Weiterführung ihrer grenzenlosen Mißwirtschaft, weitere Auswucherung der arbeitenden Bevölkerung, Schutz vor Sachwerterfassung, Schutz gegen die Forderungen der landarmen Bauern und Siedler, Schutz gegen Enteignung von Land zur Siedlung, garantieren soll. Das ist im wesentlichen der Inhalt des „Garantieantrages“ der Agrarkapitalisten, der im Landbundjargon folgendermaßen ausgedrückt wird:

„Die Landwirtschaft (lies: Junker und Großbauerntum. D. Red.) ist sich zugleich der Pflichten bewußt, die ihr als dem Nährstand des deutschen Volkes auf dem Gebiet der Ernährungssicherung und die ihr im Rahmen der Erhaltung der gesamten Wirtschaft obliegen. Aus diesen Pflichten ergeben sich gewisse Voraussetzungen für den Einsatz ihrer äußersten Leistungsbereitschaft. Diese Voraussetzung erblickt die Vertreterversammlung auf wirtschaftlichem und innerpolitischem Gebiete in erster Linie darin, **daß nicht der Immobilerbesitz allein mit den Garantieleistungen beschwert wird, daß für die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion jegliches Hindernis beseitigt wird, und daß unbedingt die Gewähr für Ruhe und Ordnung im Innern geboten wird.**“

Sekundiert wird diese Provokation der Agrarkapitalisten wie immer **von Sozialdemokraten.** Während jedoch die Junker sich befleißigen, in diplomatische Sprache ihre frechen Forderungen zu kleiden, sprechen ihre Lakeien plump und offen den eigentlichen Sinn aus und wagen sogar, dies als eine im Interesse der Arbeiterschaft liegende Rettungstat der Agrarkapitalisten zu preisen.

Die „Sozialistische Agrarkorrespondenz“ gibt zum Garantieangebot der Agrarkapitalisten eine Extraausgabe heraus, in der es heißt:

„Die Garantieübernahme, die die deutsche Landwirtschaft übernimmt, bindet nicht für ein Jahr, sondern für viele Jahre und das ist für die deutsche Landwirtschaft ein Risiko (!) wie es schwerer wohl niemals ein Beruf übernommen hat (!). Darum müssen die Führer der deutschen Landwirtschaft nicht die vergangenen und gegenwärtigen, sondern vor allen Dingen die zukünftigen Verhältnisse, die in der Landwirtschaft entstehen können, vor Augen haben. Tun sie dies nicht, und werden die zukünftigen Entwickelungen in der Landwirtschaft auch von den Gewerkschaften, Beamten und Städtern nicht gerecht beurteilt und behandelt, so ist nicht nur die landwirtschaftliche Garantieübernahme wertlos, sondern würde, da sie den Hauptstützpunkt der gesamten Generalgarantie bildet, das deutsche Volk in eine neue Katastrophe hineinführen.“

Was versteht nun die „Sozialistische Agrarkorrespondenz“ unter „zukünftige Verhältnisse vor Augen haben“ und unter „zukünftige Entwickelungen von den Gewerkschaften usw. gerecht beurteilen“? Darüber gibt folgender Absatz der Extraausgabe Aufklärung:

„Nach allem, was in den letzten Monaten vorgegangen ist, gewinnt es aber den Anschein, als ob gewisse politische Kräfte, Siedlungsagitatoren, Enteignungstheoretiker nur darauf hinarbeiten, die Ruhe in der Landwirtschaft zu stören und die Landwirtschaft, insbesondere den Großgrundbesitz, der doch wohl für das Ausland ein sehr wichtiger Bürge ist, ganz gleich, ob er gut oder schlecht wirtschaftet, zu vernichten in seiner wirtschaftlichen Freiheit und Entwicklung und den Ausbau der sicheren Ernährungsbasis zu hemmen.

Solange die gegenwärtig vorliegenden Anträge auf Siedlungseingriffe in gut bewirtschaftetem Land- und Forstbesitz, planlose Aufteilung von Land- und Fideikommissen nicht verschwinden oder in eine sachliche wirtschaftliche Form gebracht sind, **schwebt die Garantie, die die deutsche Landwirtschaft gibt, in der Luft, denn wie soll ein Landwirt, der nicht weiß, was die nächsten Jahre ihm bringen werden, seinen Garantiebetrag sicherstellen?** Ist auch nur einmal die Zahlung nicht pünktlich, laufen wir Gefahr, gepfändet zu werden und der Rest des deutschen Besitzes wird durch den Gerichtsvollzieher verschleudert.

Also keine Sachwerterfassung, keine Enteignung von Siedlungsland. Laßt die Agrarkapitalisten tun und treiben was sie wollen, laßt sie wuchern, es liegt alles im Interesse — nicht etwa der Junker und Großbauern —, sondern der Arbeiter, Angestellten und landarmen Bauern. Dies bekräftigt die „Sozialistische Agrarkorrespondenz“ mit folgenden weiteren Ausführungen:

„Was sie (die Agrarkapitalisten. D. Red.) aber als Bürge von Wort und Gewissen verlangen können, und müssen, ist die Garantie, daß nicht unberechtigte Eingriffe — ganz gleich welcher Art — in der Landwirtschaft erfolgen, solange sie die Garantie übernehmen und solange sie die mit der Garantie übernommenen Verpflichtungen pünktlich halten.

Wohl der deutschen Landwirtschaft, dem deutschen Volke, wenn sie sich dem Pfluge und der Bürgschaft der deutschen Landwirtschaft anvertrauen.“

Nach all dem ist es ein dreister Hohn, wenn die „Sozialistische Agrarkorrespondenz“ den Agrarkapitalisten „ans Herz legt“, sie möchten sich weniger um Rassenpolitik und Klassenkampf kümmern und mehr um das notwendige Brot des Volkes. Wie zahm doch Max Cohen und seine Freunde von der „**Sozialistischen** Agrarkorrespondenz“ ihren alldeutschen Junkern Ratschläge erteilen können.

Noch hohnvoller aber ist eine weitere „Ermahnung“ der „**Sozialistischen** Agrarkorrespondenz“, die lautet:

„Innere Auseinandersetzungen, die Aufhebung des achtstündigen Arbeitstages sollten die Führer der Landwirtschaft nicht als Bedingung für ihre Garantie-Uebernahme stellen.“

„Die Herren Richthofen, Schiele usw. sollen sich also nicht besonders um den 8stündigen Arbeitstag kümmern, **zumal ihre Landarbeiter 10- und 11stündige Arbeitszeit längst haben.**

Nach diesem sozialdemokratischen Bekenntnis verstehen wir auch, warum der „Vorwärts“ so schweigsam wurde betreffs des sozialdemokratischen Boden-Reformantrages. Der mit diesem Antrag beabsichtigte Betrug der Hunderttausende von Siedlern wird täglich offensichtlicher.

Die politische Linie der Unterwerfungspolitiker auf Kosten der arbeitenden Massen in Stadt und Land geht von der „Sozialistischen Agrarkorrespondenz“ bis zur „Deutschen Tageszeitung“ von Max Cohen bis zu Richthofen, wie vom „Vorwärts“ bis zur DAZ., von den sozialdemokratischen Führern des ADGB. bis zu Stinnes.

Der Einheitsfront der Blutsauger und ihrer Lakaien, muß in Stadt und Land die Kampfeinheit der werktätigen Massen entgegengesetzt werden unter der Parole:

Hinweg mit der Herrschaft der Blutsauger!
Hinweg mit der Stinnes- und Cuno-Regierung!

Her mit der Sachwerterfassung!
Her mit der Arbeiterregierung! H. Rau.

Goldlöhne!

Inderziffer / Wertbeständige Löhne

Im Monat März hat das Lohnamt, wie uns berichtet wird, eine Inderziffer von 5½% errechnet. Die dem Lohnamt angehörigen Gewerkschaften sollen auf diese Zahlung verzichtet haben. Nur der Gemeindearbeiterverband bestand auf Zahlung, wurde jedoch vom Lohnamt unter Hinweis auf die Verzichtleistung der übrigen Verbände abgelehnt.

Die Mitgliedschaft der Verbände ist auch hier, wie in so vielen anderen Fällen, nicht gefragt worden. Statt dessen aber hat in einzelnen Betrieben Breslaus eine Bewegung auf Zahlung der Löhne in Goldwährung eingesetzt. Es scheint über diese Frage auch in den Kreisen unserer Betriebsfunktionäre große Unklarheit zu herrschen. Wir wollen deshalb in folgendem eingehend zu dieser Frage Stellung nehmen.

Jedesmal, wenn in der Arbeiterschaft die Erbitterung über den schamlosen kapitalistischen Papierlohnbetrug aufs höchste gestiegen ist und sich die Massen dem Kampf zuwenden, werfen die Reformisten **Ablenkungsparolen** in die Diskussion.

Heute empfehlen sie wieder die „**Goldlöhne**“ d. h. die „**wertbeständigen Löhne**“, als Mittel gegen die fortwährende Verminderung des Reallohnes. Genau so wie die Kapitalisten und Sachwertbesitzer nur mehr in Dollars rechnen, genau so soll sich der Lohn des Arbeiters von der Bemessung nach einer festen Marksumme freimachen und nach anderen Werteinheiten bemessen werden. Die „Leipziger Volkszeitung“ vom 4. Juni macht den Vorschlag, die Löhne nach Dollars zu bemessen.

Im „Vorwärts“ vom 6. Juni wird in einer Zuschrift aus gewerkschaftlichen Kreisen der Vorschlag gemacht, den Arbeitslohn mit einem Wertmaß zu berechnen, das gefunden wird, wenn man den Durchschnitt von Dollarkurs, Goldzollaufgeld und Lebenshaltungskosten errechnet.

Der Sinn all dieser Vorschläge ist die „gleitende Lohnskala“. Die Löhne sollen von Lohntag zu Lohntag nach dem festgelegten Maß (Dollar, Inderziffer oder der neu vorgeschlagenen Basis des „Vorwärts“) berechnet und in Papiermark ausgezahlt werden.

Nun sagt aber eine einfache Ueberlegung, daß eine solche „gleitende Skala“ allein ein grobes Pfuschwerk bleiben muß. Denn wenn die bürgerliche Regierung weiterhin in derartigem Tempo Billionen von Papiermark drucken läßt, anstatt auch die Besitzenden zu Steuerleistungen heranzuziehen, wenn weiterhin die Löhne der Staatsangestellten und der größte Teil der Ausgaben mit neugedrucktem Papiergeld bestritten werden, so wird die Entwertung der Mark in demselben rasenden Tempo weitergehen. Die Lasten würden auch bei einem System der Gleitlöhne den Arbeitenden aufgepackt werden. Die Erfahrungen in Oesterreich haben gezeigt, daß bei der Berechnung der Inderziffer von den Unternehmern der größte Betrug ausgeübt wurde. Es gälte also,

Die russische Kirche gegen den Patriarchen Tichon

Von Ivon Jones, Moskau

Wir ersuchen unsere Leser, diesen Artikel besonders an christlich orientierte Arbeiter und Arbeiterinnen weiterzugeben. Die Red.

Gerade zu der Zeit, in der der Erzbischof von Canterbury und die Kapitalisten einen großen Lärm über die Kirchenverfolgung machen, trat die allrussische Synode der russischen Kirche zusammen, erklärte, daß Tichon nicht ihr Patriarch sei, nahm ihm seine Priesterwürde, weil er die Kirche zu gegenrevolutionären Schritten benutzt hat und verwandelte den Patriarchen Tichon in einen gewöhnlichen Herrn Belavina (sein Privatname im Gegensatz zu dem Priestermamen). Die Synode schaffte ferner das Amt des Patriarchen ab, weil es ein Ueberbleibsel aus der Zarenzeit darstellte. Ich sah eine Kirche, die am 1. Mai die rote Fahne trug. Die russische Kirche stellt sich auf die Seite der Sowjetmacht, weil sie nur so ihre Weiterexistenz ermöglichen kann. Genau so wie die englischen Protestanten den Versuch machten, Religion und Wissenschaft zu versöhnen, so erklärt die russische Synode es als Aufgabe der Kirche, die Religion mit der Revolution zu versöhnen. Man wollte das Dogma der russischen orthodoxen Kirche aufrecht erhalten und zur selben Zeit die große russische Revolution mit ihren Weltkonsequenzen aufrichtig anerkennen.

Wie steht es mit der Religionsverfolgung in Sowjetrußland?

Die Synode erklärte darüber: „Gemäß der Sowjetverfassung hat jeder Bürger das Recht auf religiöse Gedankenfreiheit. Die Verordnung über die Trennung von Kirche und Staat garantiert dieses Recht. Die Freiheit der religiösen Propaganda zusammen mit dem Recht auf antireligiöse Ideenverbreitung gibt den Gläubigen die Möglichkeit, ihre religiöse Ueberzeugung zu verteidigen. Aus diesem Grunde ist es für die Kirche nicht möglich, die Sowjetmacht als antichristlich aufzunehmen. Im Gegenteil, die Synode lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß die Sowjetmacht durch ihre Methoden der einzige Staat der Welt ist, der imstande ist, auf Erden das ideale Reich Gottes zu verwirklichen.“

Die Synode war von 350 Delegierten besucht und ihre Zusammensetzung zeigte die riesige Veränderung, die sich in der russischen Kirche gerade durch die Freiheit der religiösen Diskussion vollzogen hat. Unter dem Zaren gab es keine religiöse Freiheit, und jetzt entfernt sich die Kirche von der Orthodoxie. Sie hat viel mehr Freiheit, zu diskutieren, als es dem Erzbischof von Canterbury gefallen könnte. Er wird sich bald dafür einsetzen, die russische Kirche wegen Ketzerei in den Bann zu tun. Die Synode zerfiel in verschiedene Gruppen. Von den 350 Delegierten gehörten 150 der Gruppe der sogenannten „Lebendigen Kirche“ an. Ungefähr ebensoviel bekannten sich zu dem „Verband der Gemeinden der altapostolischen Kirche“. 6 gehörten zur Gruppe „Auferstehung“, der auch der Metropolit Antonin, der Ehrenpräsident der Synode angehört. Die Frage lautete nun: Ist es möglich, den neuen Wein in die alten Schläuche zu füllen? Die Synode charakterisierte Tichons gegenrevolutionäre Tätigkeit in den letzten fünf Jahren. Sie klagte ihn an, daß er

die Gläubigen im Interesse der Weißgardisten getäuscht habe. Tichon ist nicht das Haupt der Kirche, sondern das Haupt der Gegenrevolution,

sagte die Resolution. Das Amt des Patriarchen ist für die Zwecke der Gegenrevolution geschaffen worden. Die ursprüngliche Kirche hatte keinen Patriarchen, sondern wurde durch die Synoden geleitet. Deshalb wird das Patriarchat abgeschafft. Die Gruppe „Auferstehung“ erklärte in ihrer Konferenz, die vor der Synode stattfand, folgendes: „Patriarch Tichon beging ein Verbrechen gegen die russische Kirche, indem er die Kirche zum Verbündeten der Gegenrevolution machte. Deshalb gehört er vor das Revolutionstribunal. In diesem Augenblick muß die russische Kirche vor dem Revolutionstribunal kundtun, auf welcher Seite sie steht, ob sie mit Tichon zusammen auf der Anklagebank oder ob sie auf dem Richterstuhl mitsitzt. Wir sagen, sie gehört auf den Richterstuhl.“

Wie ist nun die Haltung der Synode gegenüber der proletarischen Revolution?

Die Resolution darüber besagt folgendes: „Die allrussische Synode erklärt vor der gesamten Kirche und der ganzen Menschheit, daß die Welt in zwei Klassen geteilt ist, kapitalistische Ausbeuter und Proletariat, das mit seinem Blut für den Wohlstand der Kapitalisten sorgen muß. In der ganzen Welt ist nur die russische Sowjetmacht diesem großen sozialen Uebel entgegengetreten. Das Christentum kann in diesem Kampfe nicht neutral sein. Die Synode erklärt den

Kapitalismus als eine Todsünde und den Kampf gegen ihn als heilige Pflicht der Christen.

In der Sowjetmacht erklärt die Synode den Hauptvertreter des Gedankens der Brüderlichkeit, Gleichheit und des Friedens unter den Völkern. Die Synode verdammt die internationale und nationale Gegenrevolution mit all ihrer religiösen und moralischen Autorität. Die Synode ermahnt alle wahren christlichen Bürger Rußlands, eine Einheitsfront unter der Führung der Sowjetregierung zu bilden, um den Kampf gegen das Weltübel der sozialen Ungerechtigkeit aufzunehmen.“

Was sagt der Herr Erzbischof von Canterbury dazu? Ein amerikanischer Bischof Blake, als Vertreter der Methodistischen Kirche, war als Gast auf der Synode anwesend, und begrüßte sie mit Worten, die wohl Herrn Rockefeller veranlassen werden, der Methodistischen Kirche kein Geld mehr zukommen zu lassen.

Bedeutet das nun, daß die Arbeit der Kommunisten gegen den religiösen Aberglauben aufhören wird? Die „Prawda“ hebt hervor, daß die Kirche ebenso wie andere soziale Gruppen sich auf seiten des Proletariats stellt, um ihre Existenz zu sichern. Auf der Grundlage der vollen Freiheit der religiösen Diskussion wird der Vertrieb der antireligiösen Veröffentlichungen der Kommunistischen Partei noch kräftiger als zuvor festgesetzt. Die Kirche hat vor der Revolution kapituliert. Die proletarische Revolution hat sie gezwungen, sich für einige alte Ideen der sozialen Gerechtigkeit zu erklären, in deren Sinn die christliche Kirche angeblich gegründet wurde. Die Kirche ist nachgekommen, aber sie hat nicht geführt. Die „Prawda“ schließt einen Artikel über die Umgruppierung der sozialen Kräfte folgendermaßen: „Selbstverständlich wird unsere Partei der Religion ihren Segen nicht geben, auch wenn die Kirche versucht, die Partei zu segnen. Aber der unvermeidliche Konflikt ist auf eine höhere Stufe gehoben und hat seine Form geändert. Wir haben jetzt vor uns ein ganz neues soziales Gleichgewicht unter der Leitung und Vorherrschung des siegreichen Proletariats.“

Die Entrüstung in England über die Hinrichtung eines gegenrevolutionären Priesters hat Rußland völlig kalt gelassen. Trotzki erklärte in einer Rede am 5. Mai, daß die Kapitalisten diesen Anlaß nur benützen, um ihrem Aerger über die wichtigste Tatsache der gegenwärtigen russischen Situation Luft zu machen, nämlich: daß Lenin und die Kommunisten endgültig die Sowjetlokomotive von dem Gleis des Kapitalismus entfernt haben und sie auf dem Gleis zum Sozialismus fahren lassen. Deshalb entladet man seine Wut auf die angebliche Kirchenverfolgung.

Heraus aus dem Chaos!

Klaus Eichen: In zwölfter Stunde

Klaus Eichen: „In zwölfter Stunde“. Zur Tragödie eines großen Volkes. Firnverlag Berlin.

Seltsame Früchte zeugt die Verwirrung der Zeit. Wie unmittelbar vor und nach dem Abschluß des Versailler Vertrags die nationalbolschewistische Welle viele von denen erfaßte, die die Ausweglosigkeit der Politik der vereinigten deutschen Bourgeoisie und Sozialdemokratie erkannten und doch nicht den festen Grund der marxistischen Weltanschauung unter den Füßen hatten, so hat die Ruhrbesetzung wiederum vorher politisch Indifferenten

wie heute, um die Anerkennung der richtigen Lohnsumme zu kämpfen.

Eine zweite Frage ist, auf welcher Reallöhne der Lohn stabilisiert werden soll. Der Arbeiter erhofft „Goldlöhne" nach dem Vorkriegsstand. Wenn die sozialdemokratischen Führer aber heute von wertbeständigen Löhnen sprechen, so meinen sie die Stabilisierung des heutigen elenden Reallohnes.

Beweis: Die „Leipziger Volkszeitung" schreibt in dem erwähnten Artikel:

„Einmal ist ja der wertbeständige Lohn nicht ohne weiteres tatsächlich ein höheres Lohn als der bestehende, er soll doch nur diesen sichern."

Das heißt, die Reformisten machen den Unternehmern den Vorschlag, die heutigen Reallöhne zu verewigen.

Gewiß wird manchem Arbeiter schon die Sicherung des heutigen Reallohns vor weiterem Fallen als ein Vorteil erscheinen; er denkt sich, daß ein höherer Reallohn erkämpft werden könne, der jeweils durch die Gleitskala gesichert werden könnte.

Wir müssen die „Sicherung" als eine Illusion bezeichnen. Nur im Kampf wird der Lohn verteidigt werden können. Wir Kommunisten werden den Gewerkschaftsführern aber gewiß keine Schwierigkeiten machen, wenn sie die Klausel der „gleitenden Lohnskala" mit den Unternehmern vereinbaren würden. Auf keinen Fall würden wir es aber zulassen, daß unter diesem Vorwand menschenunwürdige Reallöhne abgemacht würden. Das nächste Ziel der Arbeiterschaft ist das Existenzminimum! Auf jeden Fall! Der Arbeiter muß in der Lage sein, mit seinem Lohn sich ebensoviel kaufen zu können, wie in der Vorkriegszeit.

Die Arbeiter müssen sich darüber klar werden, daß eine Stabilisierung der Währung nur erfolgen kann, wenn ihr eine gesunde Basis gegeben wird durch Heranziehung der Besitzenden zur Deckung der Staatsausgaben, durch Erfassung der Sachwerte, verbunden mit:

Beschlagnahme aller Devisen und strengstes Verbot des Devisenhandels, Beschlagnahme aller Auslandsguthaben, Beschlagnahme aller dynastischen Vermögen.

Staatlich zentrale Zusammenfassung aller Banken, Kontrolle aller Finanzoperationen durch Staatsorgane von oben und durch Bankangestelltenräte von unten.

Vereinfachung und Vereinheitlichung des Steuersystems: Abschaffung aller indirekten Steuern. Alleinige Besteuerung des den Existenzbedarf übersteigenden Einkommens und Vermögens. Erhebung dieser Steuern bei den Großproduzenten von Getreide, Kohle und Eisen auch in Naturalform, zur Sicherung der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung.

Diese Maßnahmen kann nur eine Arbeiterregierung durchführen. Die Arbeiterschaft muß daher die Ablenkungsmanöver der Reformisten durchschauen und neben dem Kampf um die nötigen sofortigen Lohnerhöhungen einig und geschlossen den Kampf um Erweiterung ihrer politischen Macht kämpfen, die sie allein in die Lage setzen wird, die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Existenz der Arbeitenden durchzuführen.

Betrieb – Gewerkschaft

Schamlose Ausbeutung in der schlesischen Textilindustrie

Aus Wüstegiersdorf wird uns von einem Textilarbeiter geschrieben:

Daß die Textilarbeiter schon immer mit am schlechtesten bezahlt wurden, ist wohl allgemein bekannt. Aber die jetzigen Zustände sind fast nicht mehr erträglich. Bei den Ledigen und auch bei den Verheirateten, selbst wenn in letztem Falle Mann und Frau arbeiten, reichen die paar Groschen kaum zum Lebensunterhalt, auch bei den Verheirateten, selbst wenn in reichen Arbeiterfamilien, wo der Mann nur der alleinige Verdiener ist. Der Lohn ist sehr gering, und die Sozialzulage, welche die größte Not der Armen hätte etwas lindern können, ist abgeschafft worden. Auch die eingeführte Stehwoche ist für die Arbeiterschaft von großem Nachteil, da durch diese Einrichtungen die Lohnerhöhungen zu spät in den Besitz der Arbeiter gelangen. Die Unternehmer erzielen auch dadurch ihren Profit. Man findet alle Lager mit Waren vollgestopft, die noch für billigen Arbeitslohn hergestellt wurden, und die bei dem jetzigen niedrigen Markstand zu Wucherpreisen an das Ausland verkauft werden. Für die arme notleidende Textilarbeiterschaft haben die Herren Unternehmer nichts übrig. Es würde ein Leichtes für sie sein, den Arbeitern eine Wirtschaftszulage von 100 000 bis 150 000 Mark zu zahlen. Auch die Löhne müßten unbedingt der jetzigen Teuerung entsprechend bedeutend heraufgesetzt werden. Ferner müßte die Sozialzulage für Verheiratete wieder eingeführt werden und die Stehwoche wieder abgeschafft werden. Die Betriebsräte und die Gewerkschaften müssen sich unbedingt hinter diese Forderungen stellen und mit dazu beitragen, daß sie erfüllt werden.

Textilarbeiter! Veranlaßt immer wieder die Gewerkschaftsführer und Betriebsräte, daß sie diese Forderungen verfechten. Nehmt in Belegschaftsversammlungen zu der Forderung einer Wirtschaftsbeihilfe von 100 000 bis 150 000 Mk. Stellung und verlangt ferner, daß aus den vollgestopften Lagern Euch monatlich einige Meter Hemden- und Schürzenstoffe geliefert werden, da ihr Euch von den elenden Löhnen nichts kaufen könnt. Fordert die Beseitigung der Stehwoche, die Euch erst nach 14 Tagen in den Genuß der Lohnzulagen kommen läßt in den Genuß der Lohnzulagen kommen läßt. Weg mit der Spezialunterstützungskasse, die nur Profit für den Unternehmer bringt.

Gewerkschaftsführer fallen der hungernden Arbeiterschaft in den Rücken

Langenbielau, 7. Juni.

Ihr wahres Gesicht zeigten die Führer der heutigen Gewerkschafts-Bewegung bei einer gestern nachmittag vom Betriebsrat der Firma Dierig einberufenen Belegschafts-Versammlung. Trotz des ungünstigen Wetters hatten sich die Massen dicht gedrängt in Dinters Garten zusammengefunden. Kollege Müller als erster Redner machte den Anwesenden die Ursachen Notwendigkeit einer Beschaffungsbeihilfe. Der des heutigen Elends klar und begründete die Angestellte Leuchtenberger vom Textilarbeiterverband dagegen versuchte zu beweisen, daß es unmöglich wäre, von den bankrotten Kapitalisten (Wer lacht da!) soviel Geld zu verlangen. Immer wieder betonte er, wie ungeheuer schwer es gewesen sei, die letzte Lohnaufbesserung herauszuschlagen. Hatte seine Stellungnahme schon den Widerspruch der Versammlung hervorgerufen, so wurden seine Argumente nun von dem Kollegen Reichel treffend widerlegt. Der Antrag der oppositionellen Textilarbeiter betreffs Forderung einer Beschaffungsbeihilfe von 100 000 Mark wurde einstimmig angenommen und den Gewerkschaften übergeben.

Beschlossen wurde ferner, zur besseren und erfolgreicheren Bekämpfung des Wuchers, die Zentralisierung der Betriebsräte der Industrie und der Güter des Kreises Reichenbach und Frankenstein vorzunehmen. Kollege Reichel schilderte in kurzen Zügen die Ursachen und den augenblicklichen Stand des Landarbeiterstreiks, und übereinstimmend kam zum Ausdruck, daß der Kampf der Landarbeiter durch Sammlungen auch finanziell unterstützt werden müsse. Erlebnisse der Streikposten und interessante Einzelheiten über das Verhalten einzelner Inspektoren kamen in der Diskussion zutage.

Da, im Punkt „Verschiedenes", verlautete auf einmal, daß der anwesende Angestellte des Textilarbeiterverbandes Leuchtenberger, abgelehnt hätte, die Forderung der Beschaffungsbeihilfe aufzunehmen, was natürlich eine ungeheure Entrüstung hervorrief. Und was man nicht für möglich halten sollte, es war Tatsache. Er sagte nicht nur, daß die Betriebsräte kein Recht hätten, sich mit Beschaffungsbeihilfen oder ähnlichen Sachen zu befassen, nein, er erklärte rund heraus, daß das Abhalten einer Belegschaftsversammlung sogar gesetzwidrig sei. Die Herren Fabrikanten werden schmunzeln. Sie können ruhig schlafen oder weiter riesenhafte Profite einheimsen. Leuchtenberger paßt auf, daß nichts ungesetzliches passiert. Die Gewerkschaftsbürokratie am hiesigen Orte hat wieder einmal mit dankenswerter Deutlichkeit gezeigt, wie viel ihnen an einem guten Einvernehmen mit den Kapitalisten gelegen ist und wie wenig sie das grenzenlose Elend der arbeitenden Klasse kümmert. Von den zahlreichen, im strömenden Regen nur schlecht bekleideten, hungernden Arbeitern und Arbeiterinnen erhielt er dann auch die gebührende Antwort.

Die Stärkung des Kampffonds

Am Sonntag, den 3. Juni, hielt die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Mitglied der RGI.) Zahlstelle Gottesberg im Schützenhaus zu Gottesberg ihre Monatsversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen vier Punkte. Bei Punkt 1: Neuwahl eines Schriftführers, wurde Genosse Leschik gewählt. Punkt 2: Bekanntgabe der vom Bezirk eingelaufenen Rundschreiben, worüber eine längere Aussprache stattfand. Punkt 3 wurde beschlossen, daß den Genossen das Einholen der Beiträge mit 2 Prozent vom Ortskassenbetrag entschädigt werden soll. Dem Gesamtvorstande der Zahlstelle (Vorsitzender und Kassierer) wurde zusammen 1 Prozent bewilligt. Ferner wurde beschlossen zu den jeweiligen Beiträgen 200 Mark für den Internationalen Kampffonds zu erheben. Weiter wurde beschlossen den Roten Bergarbeiter alle 14 Tage obligatorisch erscheinen zu lassen. Der Kostenaufwand soll durch eine allgemeine Erhöhung ausgeglichen werden. Die Zeitung wird den Genossen durch die Beitragskassierer dann zugestellt. Unter Punkt 4: Anträge und Verschiedenes, kamen noch einige Sachen zur Sprache, die so recht das hinterhältige Arbeiten der regierungstreuen Gewerkschaftsführer brandmarkten. Hierauf fand die Versammlung ihr Ende und es wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden erwähnt, daß die Genossen alle mehr denn je nach außen hin unsere Organisation vertreten sollen.

Ein gewiegter profitsüchtiger Sozialdemokrat

Der vergangene Bauarbeiterstreik in Wüstegiersdorf hat die Gesinnung des Unternehmers und Sozialdemokraten Fritz Weiß im besonderen Lichte gezeigt, wie er Interessen der Arbeiter vertritt. Beim Streikausbruch waren fast sämtliche Baustellen von Streikbrechern frei, nur der genannte Sozialist glaubte das Recht zu haben, Streikbrecher zu beschäftigen, und bediente sich eines besonderen Gaunertricks, indem er der Streikleitung in Wüstegiersdorf vorschwindelte, er habe die Genehmigung vom ersten Geschäftsführer des Bauarbeiterverbandes, Fritz Scholz-Waldenburg. Er könne arbeiten lassen. Die hingeschickte Kontrolle klärte ihn jedoch eines besseren auf. Tags zuvor hatte er sich nicht gescheut, seine Arbeiter zusammen zu trommeln, um wieder Streikbrecherarbeiten machen zu lassen. Wurde aber eines besseren belehrt, und wir sehen, daß obwohl die Arbeiten so dringend sein sollten, er sie aber nach Beendigung des Streiks nicht mehr fortsetzen ließ. So sehen Geschäftssozialisten aus, die sich obendrein im Gemeindeparlament rumdrücken, als Sozialisten Hausbesitzerinteressen vertreten, hingegen die Arbeiterschaft verraten. Arbeitende Bevölkerung von Wüstegiersdorf, seht Euch bei kommenden Gemeindewahlen die Kandidaten an, die ihr ins Parlament schickt. Lasset die Hände von den Geschäftssozialisten und wählt kommunistisch.

Die Zimmerer bei der Firma Tuchscherer in Ohlau im Streik

Für Monat Juni wurde den Zimmerern eine Lohnerhöhung von 35 Prozent zugesprochen. Trotzdem wird sie aber heute noch nicht gezahlt, mit der Begründung: weil es in Breslau nicht gezahlt wird, sollen wir in Ohlau auch noch warten!

So vertröstete die Firma Tuchscherer von einem Tage zum anderen.

Diese Verschleppung von Tag zu Tag, wo jeder die sauer verdienten Groschen noch wochenlang stehen lassen soll. Denn was man für den Wochenlohn von 70 000 Mark bei dieser Teuerung (das ja so wie so nur zum allernotdürftigsten an Lebensmitteln für die Familie reicht) zuerst kaufen soll, das weiß am besten jede Hausfrau, deren Mann für so einen Kulilohn wöchentlich arbeitet. Darum machten

---

oder bürgerlich Orientierten die Gewißheit gegeben, daß innerhalb der alten kapitalistischen Wirtschaftsformen und durch Verhandlungen mit den Westmächten das unermeßliche Elend, in dem das deutsche Volk steckt, nicht beseitigt werden kann. Zu den Suchenden, Tastenden, die den einzig möglichen Ausweg, den der Kommunismus und die Verbindung mit Sowjetrußland bietet, beschreiten möchten und die doch mit tausend Klammern an die hergebrachten Formen des Denkens und Fühlens gebunden sind, gehört Klaus Eichen, der im Firmerlag eine Broschüre über die Ruhrkrise hat erscheinen lassen.

Daß wir es mit einem noch vielfach in bürgerlichen Ideologien befangenen Schriftsteller zu tun haben, dafür zeugt seine Grundthese, daß die Einschränkung der nationalen Selbständigkeit ein viel wesentlicherer Grund für die Notlage der deutschen Bevölkerung sei als der wirtschaftliche Druck, unter dem sie steht und die materiellen Reparationslasten. Auch die Aeußerung auf Seite 10: „Wir Deutsche, denen die Nation über die Klasse geht" ... ist nicht gerade der Ausspruch eines bewußten Klassenkämpfers. Aber wie heißt es weiter in diesem Zusammenhang? „Die einzige Tat, mit der Deutschland heute seinen Bedrückern den endgültig befreienden Schlag verlegen kann, ist ein Bündnis mit Sowjetrußland. Die einzige Regierung, die stark genug wäre, ein solches aktives Bündnis mit Sowjetrußland durchzuführen, kann nur die sein, die heute mit dem Schlagwort der „Arbeiterregierung" bezeichnet wird." An anderer Stelle heißt es:

„Was wäre Rußland heute ohne den Bolschewismus? Das, was es früher war: der Hort der Weltreaktion. Was ist es heute? Der Vorkämpfer des Weltinteresses, und machtpolitisch die unangreifbarste Großmacht der Erde.

Es ist das einzige Land, das von der fortschreitenden Industrialisierung und der Zunahme des Proletariats keine Erschütterung seiner sozialen Ordnung mehr zu fürchten braucht. Es ist das einzige Land, wo die Tendenz des technischen Fortschritts nicht mehr im unlöschbaren Widerspruch steht mit der Tendenz zur sozialen Ordnung und mit dem Selbsterhaltungstrieb der herrschenden Klasse. Je stärker das Proletariat im bürgerlichen Staate, desto gefährdeter ist dessen Ordnung; je stärker es im sozialistischen Staate, desto fester steht dieser. Das bedeutet, daß in einer ferneren oder näheren Zukunft Rußland, industriell politisch und militärisch die alten Staaten des Bürgertums überholt haben wird."

Wie sind solche Widersprüche nebeneinander möglich, solch klare Erkenntnis von der Rolle des Proletariats bei völligem Mangel eines Klassenbewußtseins? Die Broschüre selbst gibt auch hierüber Aufschluß. Eichen gehört zu denjenigen, die erst durch das Verhalten der deutschen Bourgeoisie während des Ruhrkrieges erkannt haben, was es mit dem „Patriotismus" der Großbourgeoisie auf sich hat. Die Erkenntnis, daß die deutsche Bourgeoisie den Ruhrkrieg nur aus dem Anteil am Profit führt und daß sie ihn abbricht in dem Augenblick, in dem das Proletariat erst recht begriffen hat, um was es sich handelt und mit proletarischen Mitteln zu bekämpfen beginnt — das hat Klaus Eichen zum Bewußtsein gebracht, daß nicht die bürgerliche, sondern die proletarische Klasse den Ausweg aus der Ruhrkrise bahnen wird.

Wie sehr der Verfasser erkannt hat, daß weder die deutsche Bourgeoisie, noch die deutsche Sozialdemokratie einen ernstlichen Kampf gegen die Gewaltpolitik Poincarés führt, geht aus folgenden Stellen hervor:

„Zur deutsche Bourgeoisie ist die würdelosesteste aller Bourgeoisien der Welt, die ihre Ideenfindet von der Politik in die Philosophie, der der Wirklichkeit in die Metaphysik verschob. Neugierig am Tage ihrer Geburt, da sie vor dem herausgewirbelten Schatten des Alten Fritzen unter die Rede des Gottesgnadentums zurückfrieh, sitzt in all ihrer Mausbarkeit, die sie bis zum letzten Tage unter dem Etikett des Feudalismus aufzubringen verstand."

Von der Sozialdemokratie aber heißt es:

„... das ist die deutsche Sozialdemokratie, die 50 Jahre lang die revolutionären Phrasen pflegte, um die revolutionäre Tat preiszugeben, die ihr deutsches Vaterland nicht anders finden konnte, als im Verzicht auf ihre Ideale des Pazifismus, und die heute selbst den Preis einer schamlosen Rückbekehrung zum „Nie-wieder-Krieg-Standpunkt" bezahlt, wenn sie damit die Gelegenheit zur Preisgabe des neuen Vaterlandes erreichen kann."

Wir wissen nicht, wer sich unter dem Pseudonym Klaus Eichen verbirgt. Der Firmerlag beherbergt sonst solche ehemaligen Sozialdemokraten, die wie Winnig und Lensch durch ihre nationalistische Einstellung sich von der Sozialdemokratie weg zur Bourgeoisie entwickelten. Hier aber scheint der umgekehrte Fall eingetreten zu sein. Ein ursprünglich bürgerlich Orientierter kommt aus der Sorge um die Zukunft seines Landes heraus zur Erkenntnis von dem einzigen wahren Befreiungsweg aus der Not an der Ruhr, am Rhein und im übrigen Deutschland. Die Schlacken und Unklarheiten, die noch in dem Büchlein stecken, sind ein Beweis, daß es den Anfang und nicht das Ende einer Selbstverständigung darstellt. Zugleich aber sind sie Symptome dafür, daß so wie der Verfasser noch viele Entlaufene sich lösen werden aus den Reihen des Bürgertums und mit der Arbeiterschaft, mit den Kommunisten den einzigen Wiederaufbau der zerrütteten Welt vornehmen werden, der zum Ziele führen kann, den Aufbau der klassenlosen Gesellschaft. Das ehrliche Ringen um Erkenntnisse und ihre politischen Folgerungen unterscheidet Eichen von denen, die den Teufel mit Beelzebub vertreiben und keinen anderen Ausweg aus dem Zusammenbruch von 1918 wissen, als ein neues Völkermorden oder neue Antreibermethoden gegen die Arbeiterschaft, wie sie die Mussoliniherrschaft Italiens gezeitigt hat. Gerade den ehrlichen Elementen aus dem Kleinbürgertum, die die Verzweiflung ins Lager des Faszismus trieb, kann dies Büchlein eines national empfindenden Deutschen, der ihre Ideologie kennt und versteht, zeigen, daß nicht rückwärts, sondern vorwärts der Weg liegt, daß nicht die Konterrevolution, sondern die Revolution ein neues, besseres Deutschland aufbauen wird.

L. K.

Neue Literatur

Sowjetrußland kennt kein Versailles!

Die neue Nummer von „Sichel und Hammer", internationale illustrierte Arbeiterzeitung, bringt aktuelle Bilder von den großen Protestkundgebungen in Moskau gegen den internationalen räuberischen Imperialismus der Entente. A. Friedrich schreibt einen Artikel „Deutschland und Rußland", der, mit interessanten Bildern und Statistiken versehen, die Verständigung zwischen Deutschland und Rußland fordert. Eine Seite von „Sichel und Hammer" ist der internationalen Arbeitshilfe gewidmet, die in Sowjetrußland im Zusammenhang mit den Kinderheimen der Internationalen Arbeiter-Hilfe geschaffen werden soll. Karl Holtz illustriert eine Novelle von Viktor Panin. W. Kruse berichtet über die Maifeier im hochkapitalistischen Newyork, ein anderer Aufsatz über die Arbeitersamariter, den proletarischen Gesundheitsdienst. Worowski, dem ermordeten Vertreter Sowjetrußlands in Rom, sind Bilder und Nachruf gewidmet. Bilder vom Tage und satirische Zeichnungen im Brennspiegel und andere aktuelle Photos aus aller Welt vervollständigen die interessante Nummer. Preis der Nummer 600 Mark; Organisationen erhalten Rabatt.

Das proletarische Kind Nr. 6

Internationale Monatsschrift für kommunistische Schulpolitik und Pädagogik. Mitteilungsblatt für Kindergruppenleiter, Eltern und Lehrer. Verlag der Jugendinternationale, Berlin-Schöneberg, Feurigstraße 63. Preis 600 Mark.

Dieses Heft bringt gutes Material über sowie über die Kinderfilaberei in den Ver. Oesterreich, Norwegen und in der Schweiz, sowie über die Kindersklavereien in den Vereinigten Staaten. Des weiteren erwähnen wir aus dem Inhalt: Wie sich die Amsterdamer internationale Gewerkschaftsbewegung zur Kinderarbeit stellt. — Große Schulstreiks in England. — Kinderelend in Moskau?

auch die Zimmerer bei Tuchscherer mit der Verschleppungspolitik ein Ende. Sie verlangten die Auszahlung bis Freitag. Da es aber abgelehnt wurde, traten am Mittwoch die Zimmerer in den Streik. Von den gesamten Bauarbeitern des Kreises Ohlau wurde eine 50prozentige Lohnerhöhung gefordert, welche bei der Mittwoch abend stattgefundenen Verhandlung in Ohlau mit den anderen Unternehmern auch fristlos bewilligt wurde.

Da im richtigen Sinne eine mindestens 200prozentige Lohnerhöhung gezahlt werden müßte, aber eben der Prolet viel zu bescheiden ist und nur einen Teil des ihm Zustehenden fordert, wird ihm auch das noch entzogen. Darum Kollegen, gilt es hier den Trotz der Firma zu brechen. Kämpft geschlossen gegen das Kapital, zwingt Eure Ausbeuter, damit sie sich beugen müssen unter dem Willen der Masse.

Massenaufmarsch der Kieler Arbeiterschaft

In Kiel legte am Sonnabend mittag 12 Uhr die Arbeiterschaft sämtlicher Groß- und Mittelbetriebe die Arbeit nieder und zog geschlossen zum Rathaus. Die Bewegung, die von den Werften ausging, und der sich selbst die christlich Organisierten und Hirsch-Dunckerschen anschlossen, wurde zu einem Massenaufmarsch, wie ihn Kiel selbst beim Kapp-Putsch und nach der Ermordung Rathenaus noch nicht gesehen hatte.

Ein Aktionsausschuß wurde gewählt, der folgende Forderungen durchsetzen soll: Auszahlung der Löhne in Goldwährung, einmalige Teuerungsbeihilfe von 200 000 Mark, sofortige Lohnverhandlungen. Die Gewerkschaftsführer hatten sich angesichts der praktisch hergestellten Einheitsfront an der Demonstration beteiligt und erklärten sich auch bereit, an der von den Massen stürmisch geforderten Bildung gemeinsamer Abwehrhundertschaften mitzuwirken.

Der Streik auf den Kieler Werften ist vorläufig abgebrochen worden. Statt dessen beschloß eine gewerkschaftliche Obmännerversammlung Sperrung der Bezahlung für Gas- und Stromrechnungen. Der Kampf dauert damit weiter.

Verbandstag der Maler und Lackierer!

Kollegen!

Die Delegiertenwahlen sind vollzogen und haben fast in allen Wahlkreisen unter den Parolen „Für den revolutionären Klassenkampf" oder „Für die reformistische Gewerkschaftspolitik" stattgefunden.

Alle Delegierte, die unter der Parole des revolutionären Klassenkampfes gewählt wurden und eintreten

1. für die Einheit und gegen die Spaltung der Gewerkschaften,
2. für die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Berliner Kollegen Sellheim, Blürhgen, . . . ,
3. für die Schaffung einer kampffähigen Industrieorganisation,
4. für die Bekämpfung der kläglichen Lohnpolitik des Verbandsvorstandes,
5. für die Einsetzung aller gewerkschaftlichen Machtmittel auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiete zur Erreichung einer auskömmlichen Existenz,
6. für die proletarische Einheitsfront zum Kampf für die Erhaltung des Achtstundentages,
   für die Erfassung der Sachwerte,
   gegen Steuerraub an der Arbeiterschaft,
   gegen Faszisten und
   für proletarische Abwehrorganisationen gegen die kapitalistische Herrschaft und für eine Arbeiterregierung,

werden gebeten, ihre Adresse an die untenstehende Adresse der Gewerkschaftsopposition im Malerverband umgehend einzusenden.

Die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden Mitglieder des Verbandes sind verpflichtet, Rechenschaft über die Tätigkeit ihres Delegierten auf dem Verbandstag zu fordern und die Einsendung der Adresse zu prüfen.

Die Gewerkschaftsopposition im Malerverband
J. A.: Otto Bachmann
Berlin N. 65, Müllerstr. 150.

Die russischen an die deutschen Eisenbahner

Moskau, 10. Juni.

In einer öffentlichen Demonstrationsversammlung der Moskauer Eisenbahner am 9. Juni wurde Bericht erstattet über die Internationale Transportarbeiterkonferenz in Berlin. In einer Resolution wurde beschlossen, die Berliner Beschlüsse gewissenhaft inne zu halten und die Einheitsfront mit allen Arbeitern der Welt anzustreben. In einem offenen Schreiben an die deutschen Eisenbahner und Transportarbeiter werden diese aufgefordert, trotz der Sabotage der Gewerkschaften die auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

Ausschneiden! Aufheben!

Bergarbeiterjugend, junge Arbeiter und Arbeiterinnen, Lehrlinge, Dienstmädchen!

Heraus zur öffentlichen Massenversammlung.

am

Mittwoch, den 13. Juni, in
Gottesberg, abends 7 Uhr, im Schützenhaus.
Altwasser, abends 7 Uhr, im Eisernen Kreuz.
Nieder-Salzbrunn, abends 7 Uhr, in der Sorgauer Schule.

Donnerstag, den 14. Juni, in
Waldenburg, abends 7 Uhr, in der Stadtbrauerei.
Lehmwasser, abends 7 Uhr, bei Wenzel.
Dittersbach, abends 7 Uhr, im Goldenen Becher.

Freitag, den 15. Juni, in
Fellhammer, abends 7 Uhr, „Schöne Aussicht".
Nieder-Hermsdorf, abends 7 Uhr, Friedens-Hoffnung.
Weißstein, abends 7 Uhr, Gemeindemühle.

Thema in allen 9 Versammlungen:

„Der Kampf der erwachsenen Arbeiterschaft, und die Lage der proletarischen Jugend."

Es sprechen die Genossen: J. Schmidt, Löffler, Ledutke, Burkert, Karge u. Lisson.

Der Kampf der Arbeiterschaft erfordert es, daß sich die proletarische Jugend daran beteiligt, daß auch sie sich ihrer Notlage bewußt wird, darum auf und kommt in die Versammlungen.

KJD. Unterbezirk Waldenburg.

Der junge Genosse Nr. 6

Aus dem Inhalt: Auf zur 3. internationalen Kinderwoche! — Kampflied des jüdischen Proletariats. — Hans Fiz. — Aus der Internationale. — Was alles beim Plakatekleben passieren kann. — Wozu die heutige Volksschule euch erziehen will, und wie wir dagegen kämpfen.

Rüstet zur Generalversammlung des DLV.!

Täglich wird die Not und das Elend der Arbeiterschaft größer. Der Dollar macht tolle Sprünge. Die Teuerung steigt in schwindelhafte Höhen. Die Tonne Weizen wird schon mit über zwei Millionen Mark bezahlt. Der Lohn der Industrie- und Landarbeiter hinkt aber kläglich hinterdrein.

Es ist deshalb kein Wunder, daß im Ruhrgebiet mehr als 350 000 Berg- und Metallarbeiter zum Streik gezwungen waren, zumal sie seit Februar keine Lohnerhöhung erhielten. Wie mit Blitzlicht hat dieser Streik gezeigt, von welchen ungeheuren Gefahren die Arbeiterschaft umgeben ist. Die Großindustriellen, die Vaterlandsverräter, die um einige Silberlinge die deutsche Arbeiterschaft an die französischen Räuber zu verkaufen gewillt sind, sie haben nicht nur die bei der Feuerwehr und bei dem bürgerlichen Selbstschutz untergebrachten Faszisten auf die Arbeiter gehetzt und Arbeiterblut in den Städten des Ruhrgebiets fließen lassen, sondern sie sind nicht davor zurückgeschreckt, **die französischen Generale anzubetteln, ihnen freie Hand zu einem Blutbad unter der Arbeiterschaft zu geben und behilflich zu sein.** Regierungsbeamte der Cuno-Regierung haben solche Bettelbriefe an die französischen Generale abgesandt und sich damit gebrüstet, daß auch die deutschen Kapitalisten unter Bismarcks Führung ihre Hilfe nicht versagten zur Niederschlagung der Pariser Arbeiter im Jahre 1871.

Daß der trotz der Tatarennachrichten über einen „Kommunistenputsch" der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse keine Verwirrung in den Reihen der Streikenden eingerissen hat, ist ein Beweis für die **Kampfentschlossenheit und die Kampfdisziplin der Ruhrarbeiter,** die von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern auch in diesem Kampfe im Stich gelassen wurden. Wenn auch die Forderungen der streikenden Arbeiter nicht voll Erfüllung fanden, so haben sie doch durch ihr entschlossenes Auftreten eine 50prozentige Lohnerhöhung erreicht.

Die bei diesem Streik gezeigte Kampfentschlossenheit und Kampfeinheit ist heute für das gesamte Proletariat eine gebieterische Notwendigkeit, wenn es nicht unter faszistischer Diktatur an Hunger und Elend zugrunde gehen will. Kampfentschlossenheit und Kampfeinheit ist vor allen Dingen auch für das Landproletariat notwendig. Alles muß getan werden, um dies zu erreichen. Einen wesentlichen Schritt dazu kann die kommende **Generalversammlung des DLV.** darstellen, sofern die Kollegen und Kolleginnen, die im DLV. organisiert sind, ihre in ihrem ureigensten Interesse liegende Pflicht tun.

Die Gutsbesitzer drängen allüberall auf Arbeitszeitverlängerung, suchen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mehr und mehr zu verschlechtern, um ihres Profites willen. Der DLV. **hat bisher bei allen Kämpfen, die die Landarbeiter führten gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage, vollständig versagt.** Die meisten Streiks wurden für „wild" erklärt, dadurch wurde den Streikbrechern, der Technischen Nothilfe freie Hand gegeben, wie auch den Behörden, die trotz sozialdemokratischer Minister die Schutzpolizei gegen die streikenden Landarbeiter einsetzten. Oder aber, wenn Streiks gnädigst anerkannt wurden, haben die DLV.-Bürokraten so schnell wie möglich auf Kapitulation vor den Gutsbesitzern gedrängt, um ja nicht ihre in der Koalition mit den bürgerlichen Parteien sitzenden Ministergenossen in eine für sie unangenehme Lage zu bringen oder um nicht die, ach so traute, Arbeitsgemeinschaft mit den Gutsbesitzern zu stören.

Andererseits aber wurde planmäßig ein Kampf gegen die Opposition geführt; die Kollegen und Kolleginnen, die mit der schandmäßigen Arbeitsgemeinschaftspolitik nicht einverstanden waren, wurden in mehr oder weniger freundlicher Weise hinauskomplimentiert aus dem Verband, und so wurden meist die tüchtigsten und regsten Kollegen aus der Bewegung gedrängt zum Schaden der gesamten Landarbeiterschaft. Dies wie auch die elenden Tarifverträge, die die DLV.-Bürokratie abschloß (neben persönlichen Schweinereien einzelner Bürokraten), führten zur Zersplitterung der Landarbeiterfront. Hatte der DLV. noch im Sommer 1920 rund 800 000 Mitglieder, so war er bis Ende 1921 auf 620 000 zurückgegangen und heute wagt es der Hauptvorstand nicht, die jetzige Mitgliederzahl anzugeben. Bei vorsichtiger Schätzung kann nach den Berichten, die uns aus den einzelnen Gebieten vorliegen, mit einer Mitgliederzahl von höchstens 450 000 gerechnet werden. Da wurde von den arbeitsgemeinschaftlichen Bürokraten des DLV. die **Organisation zertrümmert, die Landarbeiterfront zerrissen.**

Geändert werden kann das nur, wenn endlich diejenigen, die den Verband darstellen, auch ein Mitbestimmungrecht im Verband erhalten, wenn nicht mehr eine Handvoll Bürokraten über das Wohl und Wehe der gesamten Landarbeiterbewegung die diktatorische Entscheidung haben, wenn jedes Mitglied neben der Pflicht des Beitragszahlens auch das Recht zum Mitsprechen hat.

Dementsprechend müssen an die kommende General-Versammlung die Ortsgruppen des DLV. Anträge stellen. Als erstes gilt es zu verlangen: **Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft und Umstellung des Verbandes zu einer wirklichen Kampforganisation für die Landarbeiter. Wiederaufnahme der oppositionellen ausgeschlossenen Kollegen und Kolleginnen!** Zweitens: Abschluß der Tarifverträge von April zu April bei 14tägiger Kündigungsfrist der Barlohnabmachungen. Es darf nicht wieder vorkommen, daß die Tarife im Januar abgeschlossen werden, wo ein Kampf der Landarbeiter weniger aussichtsvoll ist, und dann in der Saat- und Erntezeit, wenn die Landarbeiter kämpfen wollen, von der Bürokratie erklärt wird: „Wir dürfen den Kampf nicht anerkennen, weil wir sonst tarifbrüchig werden". Mit diesem Gesindel muß endlich aufgeräumt werden. Die Tarife selbst müssen zur Genehmigung an den Kreis- bzw. Gaukonferenzen vorgelegt wer-

Die eiserne Ferse

Ein sozialer Roman von Jac London.

53]

Im nächsten Augenblick erfuhr ich, wie es passiert war. Um die Trümmer stand nur eine Gruppe Menschen, und zwei Männer waren gerade damit beschäftigt, den verwundeten Offizier aufzuheben und in das andere Automobil zu tragen. Plötzlich wurden alle von einer Panik ergriffen und stoben nach allen Richtungen auseinander, rannten in blindem Schrecken fort, während der verwundete Offizier, den sie flüchtig hingesetzt hatten, allein zurückblieb. Der schimpfende Polizist neben mir lief auch fort, und Hartmann und ich rannten ebenfalls, wohin und warum, das wußten wir nicht, von demselben blinden Schrecken erfüllt, von dieser Stelle fortzukommen.

Es ereignete sich in Wirklichkeit dann nichts, aber alles fand seine Erklärung. Die fliehenden Männer kamen verdutzt zurück und erhoben die ganze Zeit über die Augen ängstlich zu den diesseitigen hohen Häusern, die wie senkrechte Wände einer Schlucht auf beiden Seiten der Straße in die Höhe ragten. Aus einem dieser unzähligen Fenster war die Bombe geworfen worden. Aber aus welchem? Ein zweite Bombe war nicht gefolgt, sondern nur der Schrecken davor.

Nachher betrachteten wir forschend die Fenster. Hinter ihnen lauert womöglich der Tod. Jedes Haus war womöglich ein Hinterhalt. So wurde Krieg in dem modernen Dickicht der großen Stadt geführt. Jede Straße war eine Schlucht, jedes Gebäude ein Berg. Wir waren nicht sehr verschieden von den Urmenschen, trotz der Kraftwagen, die vorbeiglitten.

An einer Straßenecke stießen wir auf eine Frau. Sie lag auf dem Bürgersteig in einer Blutlache. Hartmann beugte sich über sie und untersuchte sie. Ich selbst wandte mich krankhaft um. Ich hatte noch viele Tote an diesem Tage sehen müssen, das ganze Kamerad hat mich nicht so angegriffen, wie dieser unglückliche Körper, der wie weißes Fäßer verlassen auf der Straße dalag. „Brustschuß", lautete Hartmanns Befund. In ihrem Arm hielt sie, als obs ein Kind wäre, ein Bündel Drucksachen fest. Selbst im Tode schien sie sich nicht von dem trennen zu wollen, was die Ursache ihres Todes gewesen war; denn als Hartmann glücklich das Bündel herausgezogen hatte, sahen wir daß es groß gedruckte Flugschriften enthielt, die Proklamationen der Revolutionäre.

„Eine Genossin", sagte ich.

Aber Hartmann verfluchte nur die Eiserne Ferse, und wir gingen weiter. Wir wurden häufig von Polizisten und Patrouillen angehalten, aber unsere Losungsworte schafften uns freie Bahn. Aus den Fenstern fiel keine Bombe mehr, die letzten Fußgänger schienen von der Straße verschwunden zu sein, und die Ruhe in unserer unmittelbaren Nähe wurde immer tiefer. Aber der riesenhafte Kessel brodelte in der Ferne weiter; dumpfes Gebrüll von Explosionen kam aus allen Richtungen an unser Ohr, und die Rauchsäulen stiegen immer unheilvoller gen Himmel.

23. Kapitel

Das Volk des Abgrundes

Plötzlich nahm alles ein anderes Gesicht an. Ein erregtes Zittern ging durch die Luft. Automobile flogen vorbei, zwei, drei, ein Dutzend, und ihre Insassen riefen uns Warnungen zu. Eine der Maschinen machte einen halben Häuserblock entfernt in großer Schnelligkeit einen wilden Bogen, und im nächsten Augenblick, als sie glücklich vorbei war, verwandelte eine platzende Bombe die Straße in eine große Höhle. Wir sahen, wie die Polizisten im Laufschritt die Seitenstraßen hinab verschwanden, und wir fühlten, daß etwas Schreckliches im Anzug war. Wir konnten das wachsende Gebrüll davon hören.

„Unsere braven Genossen kommen," sagte Hartmann.

Wir sahen die Spitze ihrer Kolonne, die die Straße von einem Rinnstein zum andern ausfüllte. Das letzte Kriegsautomobil flog zurück. Die Maschine stürzte einen Augenblick gerade neben uns. Ein Soldat sprang heraus und trug etwas behutsam in den Händen, das er dann mit der gleichen Vorsicht in den Rinnstein niedersetzte. Dann lief er auf seinen Platz zurück, und die Maschine fuhr an, bog um die nächste Ecke und verschwand aus unserem Gesichtskreis. Hartmann lief zu dem Rinnstein und beugte sich über den Gegenstand.

„Bleiben Sie fort," warnte er mich.

Ich sah ihn rasend mit den Händen arbeiten. Als er zu mir zurück kam, stand schwerer Schweiß auf seiner Stirne.

„Ich habe die Bombe unwirksam gemacht," sagte er, „und eben noch zur rechten Zeit. Der Soldat war ungeschickt. Er bestimmte sie für unsere Genossen, aber gab ihr nicht Zeit genug. Sie wäre zu früh explodiert. Jetzt wird sie überhaupt nicht platzen."

Alles ging jetzt rasend schnell. Ueber der Straße drüben und einen halben Block weiter unten sah ich hoch oben aus einem Gebäude Köpfe herausschauen. Ich hatte Hartmann kaum darauf aufmerksam gemacht, als ein rauchendes Flammenmeer an der Vorderseite des Gebäudes entlang lief, in dem die Köpfe erschienen waren, und die Luft durch die Explosion erschüttert wurde. An manchen Stellen war die steinerne Fassade weggerissen und die Eisenkonstruktion bloßgelegt. Im nächsten Augenblick schlugen ähnliche Flammen und Rauch an die Front des gegenüberliegenden Hauses. Zwischen den Explosionen hörten wir das Rattern der selbsttätigen Pistolen und Gewehre. Einige Minuten hielt dieser Luftkampf an, dann erstarb er. Offenbar waren unsere Genossen in dem anderen Gebäude und bekämpften sich über die Straße hinüber. Aber wir wußten nicht, in welchem Gebäude unsere Genossen und in welchem die Söldner waren.

In dieser Zeit war die Kolonne auf der Straße nahe herangekommen. Als ihre Spitze unter den kämpfenden Häusern — beide waren wieder in Tätigkeit getreten — vorbeikam, wurden aus dem einen Bomben auf die Straße geworfen. Dieses Gebäude wurde von den gegenüberliegenden feindlichen Parteien angegriffen und erwiderte den Angriff. Nun wußten wir, welches Gebäude unsere Kameraden besetzt hielten. Und sie machten gute Arbeit, indem sie die auf der Straße Marschierenden vor den Bomben des Feindes retteten.

Hartmann faßte mich am Arm und zog mich in einen weiten Toreingang.

„Das sind nicht unsere Genossen," schrie er mir ins Ohr.

Die Türen innen waren geschlossen und fest verriegelt. Wir konnten nicht entfliehen. Im nächsten Augenblick kam die Spitze der Kolonne vorbei. Es war keine Kolonne, sondern ein lärmender Pöbelhaufen, ein abscheulicher Strom der die Straße ausfüllte, das Volk des Abgrundes, toll von Trunkenheit und nach dem Blut seiner Unterdrücker brüllend. Ich hatte früher das Volk des Abgrundes gesehen, als ich durch seine Viertel gegangen war, und ich dachte, daß ich es kennen würde, aber jetzt schien es mir, als ob ich es zum erstenmal sähe. Die dumpfe Apathie war verschwunden. Es war jetzt mechanische Kraft, — ein fesselndes Schauspiel des Entsetzens. Es schwoll über meine Einbildung hinaus zu körperlichen Zorneswogen an, knurrend und brummend, fleischfressend, betrunken von dem Schnaps aus geplünderten Läden, trunken von Haß und trunken von Blutgier — Männer, Weiber und Kinder, zerrissen und zerlumpt, blöde, wilde Wesen, aus deren Zügen alles Göttliche ausgelöscht und denen alles Teuflische aufgedrückt war, Affen und Tiger, blutarme, schwindsüchtige, langhaarige Lasttiere, bleiche Gesichter, aus denen der Vampyr Gesellschaft allen Lebenssaft herausgesogen hatte, aufgedunsene, von natürlicher Rohheit und Verkommenheit angefüllte Gestalten, verwitterte Hexen und Totenköpfe mit Patriarchenbärten, schwärmende Jugend und schwärmendes Alter, Teufelsgesichter, krumme, verdrehte, mißgestaltete Ungeheuer, von den Verheerungen der Krankheit und all den Schrecken der chronischen Unterernährung gebrochen — der Auswurf und Abschaum der Menschheit, eine zerlumpte, lallende, kreischende, vom Teufel besessene Horde.

(Fortsetzung folgt.)

den. Drittens müssen in den Verbandssatzungen wesentliche Aenderungen getroffen werden, und zwar vor allem, daß (§ 22 des Statuts) die Ortsgruppenleitungen lediglich von der Wahl durch die Mitglieder abhängen, daß (§ 29) die Einteilung der Gaue vom Verbandsvorstand in Verbindung mit dem Beirat erfolgt, daß der an die Spitze jedes Gaues zu stellende Gauleiter durch Urwahl von den Mitgliedern des betreffenden Gaues zu wählen ist, ebenso die Kreisleiter, und daß die Besoldung der Gau- und Kreisleiter auf den Gau- und Kreiskonferenzen beschlossen wird im Einvernehmen mit dem Verbandsvorstand. Zur Beratung und Beschlußfassung (§ 30) über die Erledigung und Förderung der Verbandsaufgaben müssen mindestens vierteljährlich Gau- und Kreiskonferenzen einberufen werden.

Auch über die Generalversammlung des Verbandes muß statutarisch anders bestimmt werden. Sie muß (§ 36) jährlich einmal stattfinden, ferner ist festzulegen, daß nicht wie jetzt (§ 37) einfach 100 Delegierte festgesetzt werden, sondern, daß auf je 2000 Mitglieder je ein Delegierter entfällt, und daß aus jedem Gau ein Gauleiter wie auch der Verbandsvorstand und die Redaktion der Verbandszeitung an der Generalversammlung nur mit beratender Stimme zugelassen werden, sofern sie nicht von den Mitgliedern als Delegierte zur Generalversammlung gewählt sind. Die Wahl der Delegierten (§ 38) muß durch Urwahl erfolgen und nur solche Delegierte dürfen auf der Generalversammlung stimmberechtigt sein. Zur Durchführung der Urwahl sind in vorher stattzufindenden Mitgliederversammlungen Wahlleitungen zu wählen.

Wenn die Kollegen und Kolleginnen des DVB auf jedem Gut und in jedem Ort sich energisch ins Zeug legen für diese Forderungen und darauf achten, daß nur Delegierte zu der kommenden Generalversammlung gewählt werden, die diese Forderungen unterstützen, dann wird ihnen Raum zur Entfaltung selbständiger gewerkschaftlicher Tätigkeit gegeben. Dann wird es Schluß sein mit den hunderten und tausenden von Verrätereien, die im Laufe der letzten Jahre von den Verbandsangestellten an den Interessen der Landarbeiterschaft begangen wurden. Dann wird der DVB. sich entfalten können zu der die gesamte Landarbeiterschaft umfassenden Kampforganisation des Landproletariats, damit die Landarbeiterschaft den kommenden Stürmen gewachsen ist und stolz ihr Haupt über die Gegner erheben kann im Kampfe um seine Befreiung aus den Klauen der kapitalistischen Ausbeutung!

Aus der Provinz

Sabotiert die SPD. die Durchführung der Bodenreform?

Der zahme Bodenreformantrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat selbst durch seine geringen darin geforderten Eingriffe in das heilige Eigentum der Agrarkapitalisten ein Mitgebeul bei den großagrarischen Landbündlern hervorgerufen. Inzwischen scheinen sich aber die Landbündler davon überzeugt zu haben, daß es dem „Vorwärts" durchaus ernst war, als er am 18. Mai in einer Polemik gegen die großagrarische „Deutsche Tageszeitung" die deutschnationalen Junker eingeladen hat zur Mitarbeit am sozialdemokratischen Bodenreformantrag, obwohl dieser vom „Vorwärts" als das Programm der Sozialdemokratie bezeichnet wurde.

Die Junker trauten anscheinend doch nicht ganz dieser Einladung, denn daß sie, die Alldeutschen, eingeladen werden, ein sozialdemokratisches Programm mit auszuarbeiten, ging über ihr Begriffsvermögen. Inzwischen haben sich die junkerlichen Landbündler wohl überzeugt, daß ihnen diese Ehre wohl doch zukommen wird, denn zuversichtlich schreibt der „Reichslandbund" vom 2. Juni 1923 über den Bodenreformantrag:

„Wird in dem Antrage gleichwohl der öffentlichen Bewirtschaftung erneut das Wort geredet, so ist das nicht nur ein Zugeständnis an die verehrten Nachbarn auf der äußersten Linken, in der Hoffnung gemacht, daß die Bürgerlichen klug und einsichtsvoll genug sein werden, das hier geplante Unheil zu verhindern."

Der „Reichslandbund" dürfte mit dieser Charakterisierung der SPD.-Politik, besonders im Hinblick auf den Bodenreformantrag, wohl den Vogel auf den Kopf getroffen haben. Die SPD. will ihren Antrag lediglich zu einem Täuschungsmanöver im Reichstag benützen, wobei sie genau weiß, daß dort der Antrag unter den Tisch fällt. Darum schweigt die sozialdemokratische Presse zu unserem Vorschlag, gemeinsam auf dem Lande die Massen für ihren Antrag zu mobilisieren, sie schweigt auch zu unseren Erweiterungsvorschlägen. Wie die „Sozialistische Agrarkorrespondenz" sich im Interesse der Cuno-Regierung und der Agrarkapitalisten einsetzte für das sogenannte Garantieangebot der Junker und Großbauern und sich gegen die Siedlungs- und Enteignungspolitik wendet, so ist die SPD.-Führerschaft bemüht, im Interesse der kapitalistischen Kapitulation vor dem französischen Imperialismus jede Beunruhigung auf dem Lande zu vermeiden. Darum sabotiert die SPD. die Durchführung ihres Bodenreformantrages und macht diesen zu einem gleichen Betrag wie das Bielefelder Abkommen, die 10 Punkte des ADGB. usw. Die landarmen Bauern, die Siedler, wie auch die Industriearbeiterschaft, müssen sich gegen diesen Betrug stemmen und desto mehr für die Durchführung der gestellten Forderungen eintreten.

Das Echo der Transportarbeiter-Konferenz

Im Lager der Gralswächter

Weil Fimmen mit den russischen Transportarbeiterverbänden zusammenkam, um mit ihnen zu beraten, was das Transportarbeiterproletariat zur Wahrung des Friedens und zur Abwehr des Faszismus tun kann, soll er zur Strecke gebracht werden. Natürlich handelt es sich dabei nicht um die Abhalfterung einer den Amsterdamern mißliebig gewordenen Person, sondern um viel mehr; nämlich um die Verhinderung der Einheitsfront der Arbeiterklassen gegen die Kapitalisten. Die waschechten Amsterdamer Führer sind für die Arbeitsgemeinschaft, für die Koalition mit dem Bürgertum, aber nicht für den Klassenkampf. Klassenkampf ist Störung der „Ruhe und Ordnung", dieser heiligsten Güter westlicher Kultur. In dieser Ruhe- und Ordnungskultur hängt zwar die Kriegsgefahr wie ein Damoklesschwert über der Arbeiterklasse, wird das Elend der Arbeiterklasse von Woche zu Woche unerträglicher; aber vor diesen Gefahren schließt der zünftige Amsterdamer seine Augen. Was tut es ihm auch. Kommt der Krieg, dann lebt er als reklamierter Durchhalter zur Erhaltung des Geistes der Truppen in der Heimat oder in der Etappe. Ist Friede, dann ist auch für sein leibliches Wohl gesorgt.

Nun hat es aber einer von ihnen gewagt, auszusprechen, daß die Arbeiterbewegung nicht für die Führer da ist, sondern um die Arbeiter vor den ihnen drohenden Gefahren zu schützen.

Bei einer Rückschau auf die letzten fünf Jahre Amsterdamer Politik merkte Fimmen, daß etwas in dieser Politik nicht in Ordnung sein könne, und nachdem er eine Reihe Fehler erkannt und ausgesprochen hatte, sagte er der Arbeiterschaft ganz offen: „Ihr müßt die Einheitsfront schaffen, sonst seid ihr verloren. Die Kapitalisten werden die Arbeiterschaft niederschlagen, wenn diese weiter zersplittert bleibt." Hier begann Fimmen's Sündenfall, sein „Komplott mit den Kommunisten", wie sich das „Prawo Lidu" auszudrücken beliebt. So ist Hier begann Fimmen's Sündenfall, sein. Kommunisten für die Einheitsfront sind, müssen sie auf alle Fälle dagegen sein, mag auch die Arbeiterklasse dadurch zugrunde gehen. „Fimmen's Komplott" hörte aber nicht auf bei der Uebereinstimmung mit den Kommunisten über die Notwendigkeit der Einheitsfront, er tat ein weiteres. Als Sekretär der Transportarbeiter-Internationale veranstaltete er mit den Führern der russischen Transportarbeiter-Verbände eine gemeinsame Konferenz am 23. Mai in Berlin. Aus den gemeinsamen Aufrufen der Konferenz an die Transportarbeiter ist die Arbeit der Konferenz bekannt geworden. Aus den Arbeiterkreisen hört man bisher nur Zustimmung. Die Amsterdamer Führerzunft ist darob furchtbar aufgebracht. Die Tschechen sprechen in Hamburg mit einer führenden Persönlichkeit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale über Fimmen's „Attentat", und diese gewichtige Person gibt die beruhigende Erklärung, Fimmen's Stellung ist überhaupt erschüttert. Wir glauben das auch, nachdem der Deutsche Gewerkschaftsbund schon früher feierlichen Protest gegen Fimmens Auftreten in Deutschland eingelegt hat und der IGB. nach dem Ausspruch eines seiner Sekretäre keine kosmopolitische Organisation ist, sondern nur eine Vereinigung nationaler Verbände, die in ihren Handlungen volle Autonomie haben. — Die Einheitsfront hat einen kosmopolitischen Ludergeruch.

Am 30. und 31. Mai saß der Internationale Gewerkschafts-Bund zu Gericht über die Konferenz der Transportarbeiter in Berlin und über Fimmen. Das Urteil der hohen Körperschaft lautet: Die Beschlüsse der Transportarbeiterkonferenz haben keine Bindekraft. Der IGB. kann keine Verantwortung dafür übernehmen. (Wer ist so naiv, von den Leipart, Taherle, Merrheim, Thomas eine Verantwortung für die Beschlüsse zu verlangen?) Der IGB.-Vorstand kann natürlich einen Bannfluch gegen die Einheitsfront erlassen, dazu reicht seine Fähigkeit gerade noch aus. Ob er ihre Bildung aber verhindern kann, hängt nur von den Arbeitern und nicht von den 30 Größen ab, die nichts von Verständigung wissen wollen. Was das Urteil besonders interessant macht, ist der Satz:

„Im übrigen soll die Aktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Geiste und dem Inhalt der Kongreßbeschlüsse (Amsterdam, London, Rom, Haag) entsprechend fortgesetzt werden."

In London und Amsterdam wurden bekanntlich die deutschen Gewerkschaftsführer zu dem Geständnis gepreßt, sich verpflichtet zu fühlen, die Erfüllung des Versailler Vertrages durch die deutschen Arbeiter zu garantieren. In Rom und in Haag verpflichtete sich dagegen der IGB., mittels Generalstreik jeden künftigen Krieg zu verhindern, auch die Abenteuer des Herrn Poincare an der Ruhr. Jedermann in der Welt weiß, was die Amsterdamer zur Durchführung der Beschlüsse von Rom und Haag getan haben.

Arbeiter, laßt Euch nicht irre machen. Folgt der Aufforderung der Transportarbeiterkonferenz. Schafft die Einheitsfront des kämpfenden Proletariats. Die Amsterdamer beugen sich den Tatsachen und Eurem harten Willen!

Welcher Minister hat geschwindelt?

Der preußische Ministerpräsident, Sozialdemokrat Otto Braun, hat bereits im Jahre 1920 erklärt, daß bereits im Jahre 1920 80 000 Hektar Land zu Siedlungszwecken auf Grund des Reichs-Siedlungsgesetzes verwandt worden sei. Eine amtliche Statistik über die Siedlungstätigkeit erklärt, daß 1919 und 20 rund 51 000 Hektar Land gesiedelt worden sei und im Jahre 1921 40 000 Hektar. Wie aus dem Reichstagsprotokoll vom 16. Mai zu ersehen ist, hat dort der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, daß 35 000 Hektar Domänenland und 23 000 Hektar Land der Großgrundbesitzer zu Siedlungszwecken verwandt worden sei. Jede einzelne dieser Ministerangaben besagt also etwas anderes. Wer schwindelt nun?

Waldenburg. Esperanto. Eine Uebersetzung aus der „Esperanto Triumfonto", die alle Filatelisten interessieren dürfte, wird uns von der Waldenburger Arbeiter-Esperanto-Gruppe zugesandt:

In der Internationalen Postmarkenausstellung in London sind zur Zeit (14.—26. Mai) Postmarken im Werte von 2 000 000 Pfd. Sterling ausgestellt. Diese Ausstellung umfaßt die hochwertigsten Sammlungen, die je an einem Ort vereinigt waren. In Deutschland z. B. würde der Wert der ausgestellten Marken die runde Summe von 500 000 000 000 Mark betragen. Eine einzige Sammlung von 5000 Marken aus Australia stellt einen Wert von 25 000 Pfd. Sterl. dar. (6 250 000 000 Mk.) Die hochwertigste Marke, die ausgestellt ist, ist ein — nur einmalig existierendes Exemplar. (1 Cent von British-Guyana von 1856.) Sie ist also das seltenste Stück von einer Postmarke auf der ganzen Welt — und erreichte bei der Auktion der weltberühmten Ferrari-Sammlung den fabelhaften Preis von 8000 Pfd. Sterling oder 2 000 000 000 Mark.

Für ein Denkmal unseres Meisters Zamenhof, das man in Bad Reinerz aufzustellen gedenkt, bewilligte die letzte Gruppenversammlung einen Beitrag von 50 000 Mark.

Arbeiter! Lernt Esperanto!

Fellhammer. Reichsarbeitersporttag. In ganz Deutschland hielten die Arbeiter-Sportorganisationen ihren Reichsarbeitersporttag ab, und auch hier merkte man schon am frühen Morgen, daß die Sportbewegung in Fellhammer ihre Stärke und Leistungen zeigen will. Der Hauptaufmarsch war am Nachmittag, wo die Fußballmannschaften ihre Kämpfe austrugen, Turner, Athleten, Radfahrer waren anzutreffen; Ringen, Faustball, Radfahrerreigen wechselten miteinander ab. Und wie schön war es, die eigene Disziplin eines jeden, kein Befehlston wie bei den bürgerlichen Organisationen, zu beobachten. An Werktagen dem Kapitalismus frönen und heut frei sein, seinen Körper zu stählen und ihn zum Bollwerk gegen den Kapitalismus zu machen. Die Jugend fehlte nicht, da sie am meisten in den Sportorganisationen vertreten ist. Auch die Jugendorganisationen, wie die S. A.-J. und K. J. waren anwesend. Die Sozialistische Arbeiter-Jugend versuchte durch Volkstänze ihre Propaganda zu entfalten, während die K. J., die von einer Konferenz kam, mit dem Arbeiter-Turnverein Fellhammer ein Bahlaufspiel austrug, in welchen die K. J. mit 11 gegen 9 Punkte siegte. Berücksichtigt muß aber dabei werden, daß die Turner bereits schon ermattet gewesen sind. Zuweilen traf man auch Gruppen an, in denen K. J.-Mitglieder mit andern Jugendlichen oder Erwachsenen diskutierten. Als letzte marschierte die K. J. von Platze und weithin schallte es: „Auf, auf zum Kampf, zum Kampf sind wir geboren, auf, auf zum Kampf, zum Kampf sind wir bereit!"

Trotzdem der Besuch der Einwohnerschaft Fellhammers hätte besser sein können, war es für die Arbeitersportbewegung ein Erfolg. Der noch fernstehende Arbeiter wird und muß bald erkennen, daß sein Platz nicht in den bürgerlichen, sondern in den Arbeiter-Sportorganisationen ist. Denn sie werden im Entscheidungskampfe zwischen Kapital und Proletariat eine der wichtigsten Rollen spielen. Darum, junger, sowie alter Arbeiter oder Arbeiterin, willst du Sport betreiben, dann schließe dich der Arbeiter-Sportbewegung an.

Landeshut. Erfolgreiche Versammlung. Am 5. Juni fand in Landeshut eine öffentliche Versammlung des KPD. statt, welche bis auf den letzten Platz gefüllt war. Genossin Kupke, Breslau, sprach über „Ruhrbesetzung, weitere Verelendung der Arbeiterschaft" und „Warum müssen wir kommunistisch wählen." Sie ging auf die Ursachen und Folgen des Krieges 1914 ein und zeigte, daß die ganze Koalitionspolitik zu der heutigen Verelendung der Arbeiterschaft führen mußte. Die Ruhrbesetzung war ein abgekartetes Spiel zwischen französischen und deutschen Kapitalisten, was uns die ganze Ruhrkampagne deutlich gelehrt hat. Die Markunterstützung brachte den Kapitalisten Riesengewinne, während die Lasten die Arbeiterschaft zu tragen hatte. Der Ruhrstreik war keine kommunistische Mache, wie es die Bürgerlichen, selbst Gewerkschaften und Sozialdemokraten behaupteten, sondern es waren Hungerexzesse. Alsdann ging Genossin Kupke hauptsächlich auf die Frauen ein. Sie zeigte ihnen deutlich, was sie im kapitalistischen Staate bedeuten, und was sie eigentlich darstellen müßten. Sie zeigte den anwesenden Frauen, was für Pflichten man ihnen auferlegt und keine Rechte zugesteht. Es ist daher Pflicht eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterfrau, bei den kommenden Wahlen nicht eine Stimme der Bürgerlichen zu geben, sondern für ihre Handlungen an der Arbeiterschaft an jenem Tag zu quittieren. Zum Schluß forderte Genossin Kupke eindringlich auf, die Einheitsfront so schnell wie möglich herzustellen, wo es unbedingt nötig ist die Millionen von Frauen mit hineinzustellen, und der bewaffneten Reaktion die starke Faust des Proletariats gegenüberzustellen. Der unendlich große Beifall bewies die starke Sympathie mit den Kommunisten. Gegner meldeten sich in der Diskussion nicht zum Wort, es sprachen Genosse Müller, Brückner und Genossin Riger, [illegible] noch auf die örtlichen Verhältnisse ein[illegible] Kampffonds von 12425 Mk. wurde gesamm[illegible] Zahlreiche Broschüren und „Kommunistinnen" wurden abgesetzt und einige Neuaufnahmen gemacht.

Rothenbach. Eine erfolgreiche Werbeversammlung. Hier sprach am Sonntag vormittag im Gasthaus „Zum grünen Kranze" in einer öffentlichen Volksversammlung der KPD. Genosse Schulz, Dittersbach, „Wer ist schuld an Deutschlands Elend?" Die Anwesenden, größtenteils der SPD. angehörend, waren mit den Ausführungen einverstanden. Ein alter SPD.-Mann (schon 21 Jahre in der SPD.) forderte zum Eintritt in die KPD. auf. Neuaufnahmen, sowie Leser für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" waren der äußerliche Erfolg.

Dittersbach. An den Pranger! Am ersten Tage des Streiks hatte der frühere Betriebsratsvorsitzende der Melchiorgrube, Abel, nichts eiligeres zu tun, als wie die Besprechungen der Streikleitung im Tiefbau zu belauschen, und zwar in einer solch gemeinen Weise, wie sie eben nur ein Renegat fertig bringt. Er schlich sich durchs Weinzimmer, über den Saal und horchte in gebückter Haltung am Schlüsselloch einer Hintertür unseres Beratungszimmers; und doch nur zu dem Zweck, der Verwaltung eventuell das Belauschte zu übermitteln. Für seine aufreibungsvolle Tätigkeit als Obmann wird er jetzt Unterbeamter. Einer gehörigen Tracht Prügel konnte sich Abel nur durch die Flucht entziehen. Abel war früher Mitglied der SPD.

Kaufung a. d. Katzbach. Ein neuer Kämpfer! Am Sonnabend, den 9. Juni, fand in Tschirners Gasthaus eine öffentliche Versammlung der KPD. statt. Trotzdem nur zwei Stunden Zeit zur Propaganda waren, war der große Saal überfüllt. Genosse Schulz-Dittersbach sprach zwei Stunden über: „Wer ist Schuld an Deutschlands Elend?" Großer Beifall bewies, daß nun auch hier der Boden für die KPD. reif ist. Wir haben jetzt hier auf einen Schlag eine neue Parteiortsgruppe in Stärke von 42 Mann und eine Jugendgruppe der KPD. von 22 Mann zustande gebracht. Größtenteils übergetretene SPD.-Leute. In der Diskussion meldeten sich zwei SPD.-Redner zum Wort, darunter der Vorsitzende der SPD., und erklärten sich vollkommen einverstanden mit den Ausführungen des Genossen Schulz. Ueber 14 000 Mk. wurden durch eine Tellersammlung aufgebracht.

Nieder-Hermsdorf. Abgeblitzt. Mache von der SPD. aus Breslau sprach am Freitag in der „Friedenshoffnung" über „Die Lage im Ruhrgebiet." Nachdem er einige schon aus der Zeitung bekannte Tatsachen hergesagt und den Weg zur großen Koalition gezeigt hatte, rief er aus: „Arbeiterregierung ist Mumpitz!" In der Diskussion zeigten Genosse Rotter, Genosse Schulz-Dittersbach sowie ein Berliner Genosse der Versammlung den einzig richtigen Weg aus dem Elend und tosender Beifall wurde ihnen zuteil. Als noch vier kommunistische Redner sprachen, wurde Mache verbost und fing aus freien Stücken an, das Schlußwort zu sprechen. Doch er hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Versammlung protestierte, die Kommunisten sprachen weiter und Herr Mache mußte sich wieder artig auf seinen Schemel setzen. Das Schlußwort, das er hielt, kam nur noch einem Zwiegespräch gleich, denn er wurde wohl 40 mal unterbrochen, weil er eben den Arbeiterinteressen zuwiderlaufendes Zeug redete. Es wird ihm wohl klar geworden sein, daß Waldenburg noch lange kein Breslau ist. Dies wurde ihm auch gesagt. Unter dem mächtigen Gesang der „Internationale" endete die Mache-SPD.-Versammlung.

Wüstegiersdorf. Nationalistenrummel der christlichen Jugendbewegung. Wie noch Kapitalismus und Kirche miteinander verbunden sind, zeigte der letzte Sonntag. Die christlichen Jugendvereine aus verschiedenen Gegenden, zirka 600 Mann, kamen hier zusammen, um ein Fest zu feiern. Gute Aufnahme und Bewirtung wurde ihnen vom hiesigen Unternehmertum gewährt. Die herzzerreißendsten Kirchenchoräle wurden als Dank für die Bewirtung vor den Villen der Unternehmer gesungen. Auch wurden im Dorfe, hauptsächlich vor dem Textilarbeiterbüro, nationalistische Lieder gesungen, z. B. „Deutschlands Jugendzier, Frankreich wehe dir." Bei den Veranstaltungen auf der Sängerhöh, welche von diesen Vereinen ausgeführt wurden, waren die hiesigen Kapitalisten stark vertreten. Leider waren unter diesen Vereinen noch viele Arbeiter, die wahrscheinlich noch nicht erkannt haben, daß der Kapitalismus mit Hilfe der Kirche nur gefügige Knechte zur Ausbeutung züchten will. Daraus läßt sich auch das harmonische Verhältnis zwischen Kirche und Kapital, wie dieser Vorfall zeigt, erklären. Man sollte es kaum für möglich halten, daß noch in einer solchen Zeit, wo die Arbeiterschaft in solch großem Elend steckt und vom Kapitalisten aufs gemeinste ausgebeutet wird, es noch Proletarier gibt, die solchen Mumpitz mitmachen. Haß müßte alle Proletarierherzen erfüllen auch diejenigen herrschenden Klassen, die solches Elend verschulden und die durch Ausbeutung und Not des werktätigen Volkes sich mästen. Heraus aus solchen arbeiterschädlichen Vereinen! Hinein in die freien proletarischen Jugendorganisationen!

Zum Landarbeiterstreik

Aus Langenbielau wird uns geschrieben:

In der richtigen Erkenntnis, daß der Ausgang des Kampfes der Landarbeiter auch für die Industriearbeiter von eminenter Bedeutung ist, haben sich unsere Genossen von der Industrie ohne weiteres zahlreich in den Dienst der guten Sache gestellt. Fast täglich finden im Reichenbacher und Frankensteiner Kreise Versammlungen statt, in denen unsere redegewandten Genossen die Landarbeiter über die Ursachen und die Führung des Streiks unterrichten und die noch Fernstehenden an ihre Pflichten erinnern. So ist es z. B. Genossen Reichel gelungen, in Weigelsdorf über 40 Aufnahmen für den DLV. zu machen und die Betreffenden zur Teilnahme an dem Streik zu bewegen.

Entgegen dem Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie am Orte, die für den Kampf der Landarbeiter überhaupt keine Zeit zu haben scheint. Diese Herren verschwenden ihre Zeit lediglich damit, Mittel und Wege auszutüfteln, die ihnen unangenehm werdende Opposition zu bekämpfen. Es wird ihnen nie gelingen, denn bei jeder sich nur immer bietenden passenden oder unpassenden Gelegenheit geben die Gewerkschaftsführer sich eine Blöße nach der andern. Nur eingestellt auf ihre Politik der Arbeitsgemeinschaft, ist ihnen die Not und das grenzenlose Elend der arbeitenden Bevölkerung scheinbar gleichgültig. Ueber einige schöne Redensarten, von ihren Schimpfkanonaden auf die Kommunisten abgesehen, kommen sie nicht hinweg.

Um den Landarbeitern das Durchhalten in ihrem Kampfe zu erleichtern, haben unsere Genossen sogleich eine Sammlung veranlaßt, die in zwei Tagen, und nur bei einem Teil der Arbeiterschaft vorgenommen, trotz der Sabotage einzelner SPD.-Fanatiker, den ansehnlichen Betrag von 662 000 Mark ergab. Das Geld ist bereits dem Kreisleiter des DLV. in Reichenbach abgeliefert worden. So und nicht anders muß gearbeitet werden.

Doppelt gibt, wer schnell gibt,

nicht wie Herr Leuchtenberger vom Textilarbeiter-Verbande sagt: „Wenn wir es werden für notwendig erachten." Herr Leuchtenberger, was mögen Sie blos auf Ihrer Schule gelernt haben? Ist Ihnen nicht selbst schon manchmal der Gedanke gekommen, daß Sie sich für dieses Metier ganz und gar nicht eignen. Was die Sammlung anbelangt, so verdiente ganz besonders hervorgehoben zu werden der Geschäftsführer des Konsumvereins, seines Zeichens stellvertretender Landrat, mit 200 Mark und ein ebenfalls in demselben Betriebe beschäftigter Reichenbacher Stadtverordneter mit 100 Mark. Beide sind Sozialdemokraten. Wir wollen an dieser Stelle nicht untersuchen, wie es in den Köpfen dieser Herren aussehen mag. Das Urteil mögen sich die Arbeiter selbst bilden. Boshafte Zungen behaupten aber, die Herren hätten sich vor kurzem bei der Einweihung der Gasanstalt, als sie mit den Deutschnationalen gemeinsam für die Ruhrhilfe sammelten, zu sehr verausgabt.

*

Ein Aufruf des DLV.

Die Gauleitungen des DLV. Breslau und Liegnitz erlassen folgenden Aufruf:

An die Arbeiterschaft in Handel und Industrie!

Seit 1½ Wochen stehen die Landarbeiter im Streik. Der land- und forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband hat es abgelehnt, mit den Gauleitungen Breslau und Liegnitz zu verhandeln, weil der Streik ein wilder sei und die Gauleitungen sich nicht verpflichten, den aus der Not der Zeit entstandenen Streik abzublasen. Verbandsvorstand und Gauleitungen haben die Führung übernommen, weil die Landarbeiter infolge der geringen Barlöhne tatsächlich die Woche kaum 1 Pfund Margarine verdienen und nicht in der Lage sind, Schuhwerk, Kleidung, Wäsche, Schulutensilien, Haushaltungsgegenstände usw. zu kaufen. Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber behaupten, sie seien wegen zu niedriger Bezahlung ihrer Produkte und wegen Mangel an Kapital nicht in der Lage, zeitgemäße Löhne zu zahlen, obwohl jeder weiß, welcher Ueberfluß und Luxus sich auf dem Lande breit macht. Unsere Landarbeiter, die der Erde in langer und schwerer Arbeit die landwirtschaftlichen Produkte abringen, dürfen wir nicht vollends verelenden lassen. Der landwirtschaftliche Arbeitgeberverband hat mit dem deutschnationalen Zentralverband, dessen Mitgliederzahl in Schlesien im Höchstfalle 8000 beträgt, hinter dem Rücken des Deutschen Landarbeiterverbandes ein den Zeitverhältnissen nicht entsprechendes Abkommen getroffen, das in der Hauptsache in der Lieferung von 62 Gramm Margarine für die verheirateten männlichen und 25 Gramm Margarine für alle ledigen männlichen und alle weiblichen Arbeiter täglich besteht. Es wird uns zugemutet, dieses Lohnabkommen anzuerkennen, was selbstverständlich von uns abgelehnt werden mußte. In der „Schlesischen Zeitung" kündigen die landwirtschaftlichen Arbeitgeber den Kampf bis aufs Messer an und wollen eine Machtprobe unternehmen. Deshalb ist für Montag, den 11. Juni, der Generalstreik für die Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz proklamiert worden. Es ist Pflicht aller Industriearbeiter, in diesem Kampf Solidarität zu üben und dafür zu sorgen, daß die Industriearbeiterschaft ihre Frauen und Kinder von der Landarbeit zurückhält.

*

Sipo und Reichswehr im Landarbeiterstreik

Aus Tallendorf im Kreise Haynau wird uns mitgeteilt, daß dort Reichswehr erschienen ist, die sich auf den Gütern festsetzt. Es ist das eine unverschämte Provokation der Landarbeiter, die sich indessen nicht herausfordern lassen werden, sondern den Streik in vollster Ordnung zum Siege führen.

Ebenso wird uns aus Liegnitz gemeldet, daß dort Sipo gegen die Landarbeiter eingesetzt wurde. Die Betriebsräte von Liegnitz haben in einer Vollversammlung den Beschluß gefaßt, in einem Ultimatum den Abzug der Sipo zu verlangen, im anderen Falle wird der **Generalstreik** erklärt.

Richtlinien für die Lehrlingsentschädigung

Die Handwerkskammer in Oppeln hat folgende Richtlinien für die Gewährung von Entschädigungen an die Lehrlinge oder deren gesetzliche Vertreter herausgegeben:

„§ 1. Soweit den Lehrlingen Kost und Wohnung einschließlich Wäsche, Bekleidung und Zahlung der Beiträge für die Krankenversicherung vom Lehrherrn gewährt werden, kann von einer weiteren Entschädigung in Geld abgesehen werden.

§ 2. Werden dem Lehrling vom Lehrherrn zwar Kost und Wohnung, nicht aber Wäsche, Bekleidung und Zahlung der Beiträge für die Arbeiterversicherung gewährt, so tritt an die Stelle dieser Leistungen eine Beihilfe in Geld. Die Höhe dieser Beihilfe bleibt der freien Vereinbarung der vertragschließenden Parteien überlassen.

§ 3. Werden Kost und Wohnung nicht gewährt, so werden folgende Richtlinien für die dafür zu zahlenden Entschädigungen (Erziehungsbeihilfen) aufgestellt:

1. Für das Baugewerbe sind die bereits bestehenden Formen und Sätze maßgebend.
2. Für alle anderen Handwerke erscheinen, ohne Rücksicht auf die Größe und die Lage des Betriebes und seines Sitzes, folgende Mindestsätze angemessen:

Im 1. Lehrjahre	.	1000 Mk.
„ 2. „	.	1500 „
„ 3. „	.	2000 „
„ 4. „	.	3000 „

für die Woche.

Diese Sätze gelten für den Fall, daß die Innungen nicht höhere Beiträge festsetzen.

§ 4. Diese Richtlinien haben vom Tage der Verkündigung ab Gültigkeit. Es empfiehlt sich, die bereits bestehenden Abmachungen und Verträge aus freien Stücken diesen Richtlinien anzupassen.

§ 5. Der Vorstand der Handwerkskammer ist verpflichtet, in Fällen, welche gegen diese Richtlinien gröblich verstoßen, den Lehrherrn auf diese Richtlinien aufmerksam zu machen und ihm ihre Befolgung ans Herz zu legen.

Handwerkskammer zu Oppeln.

Der Vors.: Meyer. Der Syndikus: G. Grieger.

Anm.: Den Lehrherren wird dringend empfohlen, bei guten Leistungen und gutem Betragen 50 bis 100 Prozent der obigen Sätze als Sonderzulage (Prämie) zu gewähren."

Also sogar die Handwerkskammer muß schon der Lehrlingsausbeutung eine Grenze setzen. Wenn uns auch diese Vereinbarung gar nicht befriedigen kann, so ganz besonders deshalb nicht, weil für die Lehrherren keine Verbindlichkeit besteht, sondern diese Richtlinien ihnen vom Syndikus nur ans Herz gelegt werden. Auch sind die Sätze viel zu niedrig eingesetzt. Trotz allem aber empfehlen wir den Eltern auf alle Fälle die Lehrherren auf diese Richtlinien hinzuweisen, um diese als Vertragsgrundlage zu benutzen.

Vom Tage

Ein billiges Vergnügen

Ein ausgekochter Lebemann in Berlin hatte mit jungen Mädchen, die er auf mannigfache Weise in seine hochelegante Wohnung einlud, Orgien gefeiert, bis die Mieter eine Anzeige erstatteten wegen des auffälligen Treibens. Die Mieter sahen junge Mädchen in dem Hause ein- und ausgehen, und sie hörten oft Peitschenknallen, Aechzen und Hilferufe aus der Wohnung, wo Weingelage mit den „Kavalieren" stattfanden. Es kam in der Verhandlung das tollste Treiben aus dem Wüstlingsleben zur Sprache. Nach der Beweisaufnahme wurde der Angeklagte, bei dem ein Notizbuch mit über 100 Adressen junger Mädchen gefunden wurde, wegen Verführung zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. (Der Staatsanwalt hatte sogar nur 3 Monate beantragt.) Aus unbegreiflicher Rücksicht auf den Angeklagten wurde aber die Gefängnisstrafe sogleich in 600 000 Mark Geldstrafe umgewandelt. Diese Summe von etwa 30 Goldmark ist kaum soviel, wie sich die Kavaliere aus Berlin W. das Vergnügen eines einzigen Abends mit jungen Mädchen kosten lassen. Und mit einer so billigen Vergütung läßt man diese Schweinigel wieder auf die Mädchenwelt los! Man vergleiche damit nur die grausamen Urteile gegen Angehörige der besitzlosen Klassen, die sich aus Not ein Vergehen gegen die bürgerliche Ordnung zu Schulden kommen lassen oder auch die langjährigen Zuchthausstrafen gegen Frauen, die gegen den Abtreibungsparagraphen verstoßen. Er hielt doch jüngst erste eine Krankenschwester in Mannheim vier Jahre Zuchthaus dafür, daß sie einer verzweifelten Proletarierfrau „verbotene Hilfe" geleistet hatte.

Einbrüche

Nach dem Lokalanzeiger wurde auf dem Rittergut Jarmen bei Demmin ein Einbruch verübt, bei dem für 100 Millionen Mark Tafelsilber gestohlen wurde. Zu gleicher Zeit wurde auch bei dem dirigierenden Arzt der Landesirrenanstalt in Neuruppin eingebrochen. Hier fielen den Verbrechern gleichfalls Silbergegenstände im Werte von vielen Millionen Mark in die Hände.

45 000 Prozent Preisaufschlag. Der Teuerungszuschlag für alle Sorten Linoleum ist von 30 000 auf 45 000 Prozent erhöht worden.

Die Preise springen hinauf, die Profite steigen, der Reallohn stürzt — Massen sterben.

Aus Breslau

Paul Löbe, der „Liedervater"

Der VSPD. ist großes Heil widerfahren. Paul Löbe, der Abgott aller Breslauer Spießbürger, ist zum „Liedervater Deutschlands" erklärt worden. Hören wir, was die „Breslauer Zeitung" in ihrer Sonntagsausgabe darüber zu berichten weiß:

„Reichstagspräsident Löbe „Deutschlands Volksliedervater". Bei dem Besuch der Wiener Sänger (Deutscher Volksgesangverein Wien und Umgebung) in Weimar, wo den Gästen bei einer Feier vor dem Goethe-Schiller-Denkmal und bei dem Konzert im Deutschen Nationaltheater jubelnder Empfang bereitet wurde, erhielt der anwesende Reichstagspräsident in Anerkennung seiner Verdienste um das Zustandekommen der Wiener Sängerfahrt durch Deutschland den Ehrennamen „Deutschlands Volksliedervater".

Wir freuen uns, daß Herr Löbe zu einem so schönen Titel gelangt ist und möchten nicht unterlassen, beim Breslauer Domkapitel anzuregen, daß ihm von dort aus der Titel eines „Ehrendomherrn von Breslau" noch dazu verliehen wird. Daß er auch diese Auszeichnung treu und brav verdient hat, zeigt ein kleiner interessanter Rückblick.

Im Januar 1922 hielt Löbe im Reichstag eine schwülstig-sentimentale Gedächtnisrede für den gestorbenen Papst Benedikt XV., die im In- und Auslande um so lächerlicher wirkte, **als Benedikt zu der Zeit noch gar nicht — entschlafen war.** Der sozialistische (!) Reichstagspräsident sprach **„von den stets hilfsbereiten priesterlichen Händen des Heiligen Vaters"**, der, nebenbei bemerkt, im Jahre 1920 in einem Hirtenschreiben die Sozialdemokratie **„den größten Feind des Christentums"** und **„das größte Ungeheuer der Gegenwart"** genannt hat. In Berlin ist seinerzeit viel darüber gelacht worden und Paul Löbe galt als der Spottvogel des Tages. Kurz danach starb BenediktXV. wirklich (vielleicht hat die Löbe'sche Rede zu seinem Abscheiden mit beigetragen, da sie in ihrer Lächerlichkeit wohl tötlich wirkte) und der Herr Präsident des Reichstags unterließ es, sich durch eine nochmalige Rede auf den nun wirklich toten Papst ein zweites Mal vor aller Welt lächerlich zu machen.

Nun möchten wir allen Ernstes fragen: Verdient Paul Löbe nicht, zum **„Ehrendomherrn von Breslau"** erkoren zu werden? Es zeugt von großer Nachlässigkeit und Verkennung seiner Verdienste, daß diese Ernennung bisher noch nicht erfolgt ist.

Vielleicht findet sich in Schlesiens Hauptstadt auch noch eine zweite Stelle, die Herrn Löbe mit der Ernennung zum **„Ehrenspießbürger von Breslau"** eine Freude bereitet, die wir ihm von Herzen gönnen wollen.

Es geht doch nichts über einen schönen Titel.

Eine Staatsaktion verpuffte

Im Landgericht hatte man am Montag alle Seitengänge verschlossen, vor dem Hauptportal an der Graupenstraße standen mehrere Schutzleute mit umgehängtem Karabiner und kontrollierten jeden Eintretenden. Auf die Frage, was denn los sei, bekam man zu hören, die Arbeitslosen wollten das Gerichtsgebäude stürmen. Irgend ein Schmock mag das wohl ausgeheckt und verbreitet haben.

In Wirklichkeit handelte es sich um sehr harmlose Dinge. Unser Genosse Karl Schorstein hatte sich nämlich vor der 2. Strafkammer als Berufungsinstanz wegen angeblicher „Aufwiegelei" zu verantworten, deren er sich in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann des Erwerbslosenrats schuldig gemacht haben soll.

Am 11. Oktober 1922 fand im Schießwerder eine Erwerbslosenversammlung statt. Hier soll Schorstein, so behauptet die Anklage, die Versammlungsteilnehmer aufgefordert haben, die Schlemmer und Prasser, die des Abends aus den Theatern und Schlemmerdielen heimkehren, zu entkleiden, damit die Froberer dieser Sachen sie am anderen Tage zur Linderung ihrer Not „verschleißen" könnten.

Das Schöffengericht, das sich am 9. 2. mit der Sache erstmalig zu befassen hatte, erkannte wegen Vergehens gegen Paragraph 111, Abs. 2 des St. G. B. auf 5000 **Mark Geldstrafe.** Mit der Berufung Schorsteins gegen dieses Urteil beschäftigte sich nunmehr die Strafkammer. Eine ganze Reihe Zeugen bekundete, daß **der Angeklagte die ihm zur Last gelegten Aeußerungen nicht getan hat,** daß er im Gegenteil sogar beruhigend gewirkt hat und nur der Bürgerschaft und den Behörden vor Augen geführt habe, wohin es führen könne, wenn zur Linderung des Erwerbslosen nichts Wirksames getan werde.

Als Hauptbelastungszeuge marschierte der beim hiesigen Arbeitsamt beschäftigte Fleischergeselle Gustav Möse, der der VSPD. angehört, auf. Es ist dies derselbe Möse, dessen Entfernung aus dem Arbeitsamt bereits von sämtlichen Breslauer Erwerbslosen gefordert worden ist. Im Gegensatz zu mehreren Entlastungszeugen sagte Möse aus, Schorstein hätte die Erwerbslosen in jener Versammlung in der oben erwähnten Weise „aufgewiegelt". Er gab sich so ersichtlich Mühe, den Angeklagten zu belasten, daß dies selbst dem Vorsitzenden zu bunt wurde und dieser sich an Möse mit den Worten wandte: **„Sprechen Sie doch nicht fortwährend hinein!"**

In Gustav Möse hat die VSPD. wirklich eine Zierde!

Die Strafkammer tat Herrn Möse jedoch nicht den Gefallen, das erstinstanzliche Urteil zu bestätigen, sondern beschloß weitere Zeugenladung und demgemäß Vertagung der Sache.

Bis zum Schluß der Verhandlung in der 3. Nachmittagsstunde blieb das starke Schupoaufgebot im Gericht. Auf der Straße vor dem Gebäude hatte sich eine zahlreiche Menge, zumeist Neugierige, angesammelt. Allgemein hörte man die Bemerkung, wie herrlich weit wir es in der demokratischen Republik gebracht haben und daß derartige unnötigen Polizeiaktionen früher kaum möglich waren.

Sie haben sich verplappert

Die bürgerliche Presse ist rein maßlos in ihrer Hetze gegen die Kommunisten. Es gilt, den Landesverrat, den die deutsche Bourgeoisie an der Ruhr begeht, zu verdecken. Man braucht einen Schuldigen, dem man die Kapitulation von den deutschen und französischen Prozentpatrioten aufbürden kann. Die Erdolchung der Ruhrfront durch die Kommunisten soll das Schlagwort werden, womit die verantwortlichen bürgerlichen Kreise ihren Verrat an den Volksinteressen zu decken suchen.

Ein ganzer Rattenkönig von Lügen und Verleumdungen wird in die Welt gesetzt, um Stimmung zu machen. Im Ruhrgebiet wird die Arbeiterschaft bis aufs Blut provoziert. Zugleich läßt man die Verbrecherbanden der Orgesch los, um durch allerhand zweifelhafte Aktionen auch den französischen Militarismus gegen die Arbeiterschaft mobil zu machen. Von diesen Bubenstücken aber weiß die deutsche Regierung offiziell absolut garnichts. Noch in ihren letzten Unterwerfungsnote an die Entente legte sie das feierliche Bekenntnis ab, daß sie mit dem passiven Widerstand im Ruhrgebiet nicht das mindeste gemein habe.

Aber ab und zu plaudert ungewollt, einmal so einer aus der bürgerlichen Pressemeute aus der Schule. So sind von gewissen Seiten dieser „Ruhrkämpfer", jüngst Sprengversuche an Brücken usw. verübt worden, über die die „Breslauer Neueste Nachrichten" folgendermaßen berichten:

„In der Nähe von Gelsenkirchen wurden Deutsche überrascht, die im Begriff waren, die Brücke am fiskalischen Hafen am Rhein-Herne-Kanal bei Delwig zu sprengen. Die Franzosen eröffneten ein lebhaftes Gewehrfeuer. Sie verwundeten eine und verhafteten zwei Personen. Auch hier soll wieder Verrat auf deutscher Seite mitgespielt haben."

Damit ist also das offene Eingeständnis gegeben, daß die Orgesch mit Wissen und unter geheimer Förderung maßgeblicher deutscher bürgerlicher Kreise im Ruhrgebiet Terrorakte einleitete, um dadurch einen Kommunistenpogrom vorzubereiten. Aber die Herrschaften werden sich irren, wenn sie glauben, damit die sich bildende Einheitsfront aller Arbeitenden zum Kampf gegen die Verelendung zersplittern zu können. Das Proletariat wird in geschlossener Front dieser Gesellschaft die heuchlerische Maske vom Gesicht reißen.

Talmi-Radikalismus

Eine furchtbar wichtige Mitteilung

bringt die „Volkswacht" in ihrer Montagnummer:

„Am Sonnabend hat im Polizeipräsidium eine Besprechung über die im vorigen Jahre von den städtischen Körperschaften in der Frage der Umbenennung einiger Straßen und Plätze gefaßten Beschlüsse stattgefunden, und zwar unter Hinzuziehung von Vertretern der örtlichen Presse und politischen Parteien. Die ganze Angelegenheit wird nunmehr in kürzester Frist entschieden werden, da nur noch der Magistrat wegen der Auswahl der neuen Bezeichnung für die Umbenennungen gehört zu werden braucht."

Bekanntlich hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion vor einiger Zeit die Umbenennung einiger hiesiger Straßen und Plätze gefordert um einer staunenden Mit- und Nachwelt zu zeigen, wie „radikal" die VSPD. ist.

Wenn es nun in obiger Mitteilung heißt: „Die ganze Angelegenheit werde nunmehr in kürzester Frist entschieden werden", so weiß man ja, was davon zu halten ist, wenn man in Betracht zieht, welcher „Geist" unsere republikanischen Behörden beseelt.

Mancher kleinbürgerliche „Volkswacht"leser wird dessen ungeachtet über die Abtitz wunder wie entzückt sein, während jeder Einsichtige den Talmi-Radikalismus erkennt, um den es sich im Grunde hier handelt.

Ein Zwanzigmarkstück — 300 000 Mk.

Berlin, 9. Juni. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 11. Juni ab bis auf weiteres zum Preise von 300 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 150 000 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 5000fachen Betrage des Nennwertes.

Die neuen Höchstsätze in der Erwerbslosenfürsorge

Die Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge betragen vom 4. Juni 1923 ab:

	in den Orten der Ortsklassen A	B	C	D u. E
1. für männl. Personen				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	5000	4650	4300	3950
b) über 21 Jahre, sofern sie i. Haushalt eines anderen leben . . .	4400	4100	3800	3500
c) unter 21 Jahren . .	3050	2850	2650	2450
2. für weibl. Personen				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	4400	4100	3800	3500
b) über 21 Jahre, sofern sie i. Haushalt eines anderen leben . . .	3650	3400	3150	2900
c) unter 21 Jahren . .	2750	2550	2350	2150
3. als Familienzuschläge				
a) für den Ehegatten	1850	1750	1650	1550
b) für die Kinder und sonst. unterstützungsberechtig. Angehörige	1450	1350	1250	1150

Die Familienzuschläge, die ein Erwerbsloser erhält, dürfen insgesamt das zweifache der ihm gewährten Unterstützung nicht übersteigen.

Mit dem Beginn der vorstehenden Höchstsätze tritt die Verordnung über Höchstsätze in der Erwerbslosenfürsorge vom 19. Mai 1923 außer Kraft.

Polizeibeamten-Versammlung

Am 6. d. Mts. fand im „Schießwerder" eine Versammlung der Polizeibeamten Breslaus statt. Der Bezirksvorsitzende, Schlesinger, eröffnete die Versammlung und erteilte dem Polizeioffizier Latuske, zweiter Vorsitzender des Hauptvorstandes, Berlin, das Wort zum Referat.

Seine Ausführungen erstreckten sich im wesentlichen auf die Rechtslage der Polizeibeamten. Für das Beamtenausschußgesetz wurde das Beamtenrichtergesetz und die Umstellung der maßgebenden Behörden gefordert. Sehr scharfe Kritik erfuhren die stattfindenden militärischen Uebungen sowie die außer der Dienstzeit festgelegten Sportveranstaltungen.

Mache von der SPD. ging besonders auf die schlechte Lage der Unterbeamten ein.

Der Polizeipräsident ging über die sozialen Nöte der Beamtenschaft in satyrischer Weise hinweg. Wenn seine Ausführungen wahr wären, müßten die Polizeibeamten den Himmel auf Erden haben.

Vom Genossen Moser wurde ihm dann diese Schönfärberei gehörig zurechtgesetzt, wie Moser denn auch mit dem Kommandeur der Schutztruppe wegen der militärischen Uebungen mit schweren M. G. abrechnete.

Der Kommandeur der Schutztruppe, der von fast allen Diskussionsrednern angegriffen wurde, hielt es nicht für nötig, zu antworten.

Der Ausgang dieser Versammlung zeigt wieder einmal sehr treffend, daß die Beamten der Polizei selbst mit den Mißständen, dem Drill und der Soldatenfegerei nicht einverstanden sind. Aber alle Proteste werden so lange wirkungslos bleiben, bis die Beamten in ihrer Mehrheit erkannt haben, wohin sie in ihrem Kampf gehören, in die Einheitsfront des Proletariats. Nur dort werden auch die Polizeibeamten für ihre gerechten Forderungen tatkräftige Unterstützung finden.

Mit dem Kohlenwucher in Breslau

beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung im Schießwerder, die am Freitag Abend vom Verein der Breslauer Kohlenhändler einberufen worden war. Kohlenhändler Krause hatte das Hauptreferat übernommen. Er warf dem Magistrat ungleichmäßige Verteilung der Hausbrandkohle vor und kritisierte scharf das sogenannte Bevorratungsrecht, welches ausschließlich den Reichen zugute kommt, die heute ihre 50 Zentner Kohle im Keller liegen haben und sich dieselbe obendrein noch zu einer Zeit beschaffen konnten, wo der Kohlenpreis relativ gering war. Des weiteren wies der Redner darauf hin, daß auf verschiedenen Plätzen der Magistrat große Mengen Kohle schon über ein Jahr lang lagern läßt, wodurch die Kohle nicht besser wird, sondern im Gegenteil an Heizwert sehr viel einbüßt.

Ferner behauptete der Redner, daß der Magistrat an der Kohle Milliarden-Konjunkturgewinne auf Kosten der armen Bevölkerung Breslaus einheimst. Leider war in der Versammlung kein Magistratsvertreter zugegen, um zu diesen schweren Vorwürfen Stellung zu nehmen.

In der dem Vortrag folgenden Diskussion wurde allgemein beklagt, wie es bei den heutigen Kohlenpreisen den Armen und besonders den Erwerbslosen unmöglich sei, sich Kohle zu kaufen. Genosse Hübner vom Erwerbslosenrat meinte, wenn dieser Wucher mit Kohle und Lebensmitteln so weitergeht, dann braucht sich niemand zu wundern, wenn die Erwerbslosen schließlich in ihrer Verzweiflung den Weg der Selbsthilfe beschreiten werden. Und diese Selbsthilfe sei nicht mehr fern. In gleichem Sinne sprach noch ein anderer Erwerbsloser. Es wurde eine Resolution angenommen, die von einer Deputation dem Magistrat übergeben werden soll. — Es besteht allerdings wenig Aussicht, daß durch diesen papiernen Protest die Kohlen bald im Preise heruntergehen.

† **Das Breslauer Krematorium**, grundsätzlich von Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, soll jetzt gebaut werden. Alle Vorarbeiten sind im Gange; ein Vertrag zwischen dem Magistrat und dem Verein für Feuerbestattung „Flamme" über die Baugeldbeschaffung wird demnächst zum Abschluß kommen.

Die Stadt Breslau, nach dem Gesetze allein zum Bau berechtigt, z. Zt. wie alle Großstädte in schwerster Finanznot, kann aus städtischen Mitteln die Anlage nicht herstellen; doch braucht sie für den neuen Friedhofsteil 3 in Gräbschen eine Einsegnungshalle, und an diese soll die Einäscherungsanlage angeschlossen werden. Die Kosten dieser Anlage müssen, soll je ein Krematorium in Breslau zustande kommen, die Freunde der Feuerbestattung aufbringen. Größte Eile ist jetzt geboten. Der Bau soll baldigst begonnen werden; die nötigen Ziegel, rechtzeitig noch zu mäßigen Preisen beschafft, stehen auf der Baustelle. Die städtische Bank zu Breslau nimmt, auch von jedem außerhalb Breslau Wohnenden, Einzahlungen auf das Konto „Krematorium" entgegen. Die eingezahlten Beträge werden nach Vollendung des Baues auf dereinstige Einäscherungskosten angerechnet. Die Ueberweisung an die Bank kann in beliebiger Form erfolgen. Einige Tausend Zeichner können mit je 50 000 Mark die erforderlichen Baukosten aufbringen. Jeder höhere Beitrag bringt die Ausführung näher, erleichtert später die Gebührenzahlung. Teilzeichnungen in Abschnitten von 10 000 Mark oder mehr sind auch zugelassen in besonderem Falle. Bis zum 1. Juli d. Js. müssen die Kosten aufgebracht sein; erst dann tritt der Vertrag in Kraft. Es gilt, eine Kulturaufgabe zu fördern, an deren Lösung mitzuwirken im allgemeinen Interesse verdienstlich ist.

Die Höhe der Mietszuschläge

Amtlich wird mitgeteilt:

Einer Entschließung des Reichstages entsprechend, haben der Reichsarbeitsminister und der Minister für Volkswohlfahrt die Kommunalaufsichtsbehörden angehalten, darauf hinzuwirken, daß die Zuschläge für die Betriebskosten und die Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten auch wirklich der jeweiligen Höhe dieser Kosten nach Maßgabe der eingetretenen Geldentwertung Rechnung tragen. Seitens der Minister wird betont, daß eins der Hauptziele des Reichsmietengesetzes die Erhaltung der Häuser sei und daß dieses sowohl im Interesse der Mieter als auch der Vermieter liegende Ziel nur erreicht werden könne, wenn dem Vermieter ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt und die Zuschläge für Instandsetzungsarbeiten genügend hoch bemessen werden. Maßgebend für die Höhe der Zuschläge seien lediglich wirtschaftliche Gesichtspunkte. Eine Begründung etwaiger niedriger Festsetzungen damit, daß gewisse Gruppen der Bevölkerung nur schwer in der Lage sein werden, die höheren Mieten zu zahlen, sei abwegig. Höhere Aufwendungen für die Mieten und die dadurch hervorgerufene Steigerung der Indexziffer für die Lebenshaltung wären bei Lohn- und Gehaltsregulierungen zu berücksichtigen, und im übrigen sei es Aufgabe der für die Fürsorge zuständigen Stellen, für Erwerbslose und Kleinrentner im Rahmen der verfügbaren Mittel einzugreifen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Artur Dombrowski, für den Inseratenteil: Max Zschocher, Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

WOLFF & KUTNER
GLEIWITZ, NIKOLAISTRASSE 16
Manufaktur- und Modewaren — Herrenkonfektion
Herren- und Damenwäsche

Sprechchor

Dienstag, 7 Uhr bei Lohmeyer, Antonienstraße 35. Es ist notwendig, daß alle Genossen, zumal die Aelteren, sich an allen Uebungen beteiligen.

Mittwoch, 7 Uhr bei Lohmeyer, Antonienstraße 35.

Donnerstag, 7 Uhr bei Lohmeyer, Antonienstraße 35.

Versammlungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.

KPD Betriebsleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 50. Tel. Ring 8887. Abresse: Kurt Leßner, Breslau, Trebnitzerstr. 50.

Breslau. An alle Distriktsführer! Die Bibliothekslisten mit den entliehenen Geldern sind sofort beim Genossen Müller in der Buchhandlung abzurechnen.

— Dienstag, den 12. Juni, nachmittags 4—7 Uhr, holen sämtliche Distriktsführer in der Nikolaistraße 49-50 wichtiges Material ab.

— Donnerstag, den 14. Juni, abds. 7 Uhr, im Versammlungsraum, Nikolaistr. 49/50, Funktionärversammlung. Referent Gen. Leßner. Die Funktionärkommission erscheint eine Stunde früher.

— Freitag, den 15. Juni, abends 7 Uhr, in der „Wratislawia", Neumarktplatz, Rosa Luxemburg-Gedächtnisfeier. Türzonrolle: Distrikt 12.

— Montag, den 18. Juni, abends 7 Uhr, im Versammlungsraum, Nikolaistr. 49/50, Distriktsabend. Vortrag des Genossen Kramm über Kommunalpolitik. Alle Funktionäre sind verpflichtet, dazu mitzubringen Distrikt 14-15. Dienstag, den 19. Juni, abends 7 Uhr, im Versammlungsraum Nikolaistraße 49-50, außerordentliche Funktionärversammlung. Referent Genosse Stein. Alle Genossen können sind verpflichtet, dazu mitzubringen.

Freiburg. Donnerstag, den 14. Juni, abends 8 Uhr, in Parkwald II. Saal Parteisitzung. Referent zur Stelle.

Gleiwitz. Mittwoch, den 13. Juni, 6 Uhr nachmittags, Mitgliederversammlung im Hüttengasthaus. Ersatzmitglieder sind willkommen.

Gewerkschaften

Breslau. Dienstag, den 12. Juni, abends 6 Uhr, treffen sich alle Kommunisten des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes im Versammlungsraum Nikolaistraße 49-50 zu einer wichtigen Besprechung. Es erscheinen ist Pflicht.

Andere Organisationen

Breslau. Feldzeitungs-Feuerbestattungsverein. Donnerstag, den 14. Juni, abends 8 Uhr, im Barmherzigkeitsgymnasium, Außenbezirk. Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung. Wird in der Versammlung Schmuck gegeben. Erscheinen aller Mitgliederunbedingt.

KJD Zentralleitung: Max Glüser, Breslau, Nikolaistraße 49/50. Postscheck-Konto: Breslau 6295 Max Glüser.

Beuthen. Freitag, den 15. Juni, statt Heimabend Öffentliche Jugendversammlung in der „Kaiserkrone".

Freiburg. Montag, den 18. Juni: Mädel- und Jungenheimabend. Samstag, den 24. Juni: Wanderung mit Werbepropaganda. Näheres im Heimabend.

Gottesberg. Dienstag, den 12. Juni, Vortrag bei Genossen Klamm, Hermsdorf und Spitzer.

— Mittwoch, den 13. Juni, Oeffentliche Jugendversammlung im Schützenhaus.

Landeshut. Mittwoch, den 13. Juni, Vortrag des Genossen Rühn, und Sprechchor.

Lehmwasser. Donnerstag, den 14. Juni, Oeffentliche Jugendversammlung.

— Freitag, den 15. Juni, Heimabend beim Genossen Wengel.

Liebau. Sonnabend, den 16. Juni, Vortrag über Bildungsarbeit, Parlamentsspiele, dann Abmarsch zum Jugendtag.

Nieder-Salzbrunn. Mittwoch, den 13. Juni, statt Heimabend Oeffentliche Jugendversammlung in der Schule. Sorgt für guten Besuch.

Waldenburg. Donnerstag, den 14. Juni, fällt der Heimabend aus, statt dessen in der Stadtbrauerei Oeffentliche Jugendversammlung, nach der Versammlung nochmals Stellungnahme zum Jugendtag.

Einen neuen Leser, Genosse!

JEDER KLASSENBEWUSSTE PROLETARIER MUSS LESEN:

S. I. GUSSEW: Die Lehren des Bürgerkrieges

Z. LEDER: Die Offensive des Kapitals und die Selbstbehauptg. d. Proletariats

Karl Radek: Die Liquidation des Versailler Friedens

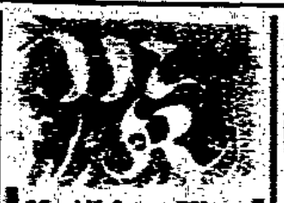
Karl Radek: Die Offensive des Kapitals und die Taktik der K. I.

L. Trotzki: Die neue Aussenpolitik Sowjetrußlands und die Weltrevolution

CLARA ZETKIN: Der Kampf d. kommunistischen Parteien gegen Kriegsgefahr und Krieg

Zu beziehen durch alle Arbeiterbuchhandlungen Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cohen, Hamburg 8

HOCHAKTUELL!



Matthias-Kino Matthiasstraße 38 Moltkestraße 9

Nur 3 Tage! 5. u. letzter Teil **Der Graf von Monte Christo** Großer Abenteurerfilm **Schuld und Sühne** 5 Akte

Eine vor dem Film laufende Erklärung von bereits gegegten Teilen macht den Inhalt des letzten Teiles voll verständlich

Dazu **Die Finsternis und ihr Eigentum** Schdramatische Akte einer Schicksalsverkettung

Gebrauchte Wäsche Kleidungsstücke Schuhe, Betten Fahrräder, Nähmaschinen usw. kaufen Sie am billigsten in Leihhaus **Brüll & Co.,** Matthiasstraße 88 I.

H. Freudenberger Breslau 1, Kupferschmiedestr. 54 Eingang Lange Holzgasse **Häute • Felle Rauchwaren** Einkauf und Verkauf. Telefon Ohle 9146

Aelterer **Genosse** sucht für sofort ein sauber. möbl. Zimmer Offerten unter A.B. in der Expedition dies. Zeitung abzugeben.

Hast Du schon Deinen gemacht???

KPD. — Breslau

Freitag, den 15. Juni, abends 7 Uhr im Gesellschaftshaus „Wratislawia"

Rosa Luxemburg Gedächtnisfeier

Mitwirkende: Der Sprechchor der KPD. Breslau — Das Streichquartett Paul Häusler
Rezitationen: Johannes Harms
Die Ansprache hält Genosse Eildermann

VORTRAGSFOLGE

1. Adagio a. d. Sonate pathétique . Beethoven
2. Ansprache des Genossen Eildermann
3. Trauermarsch der russischen Revolution
4. Das Weltgericht . . . . . Sprechchor
5. Drei Briefe aus dem Gefängnis Rosa Luxemburg
6. Thema und Variationen aus „Der Tod und das Mädchen" . . . Schubert

PAUSE

7. Quartett Nr. 13 G-dur . . . . . Haydn I. Allegro moderato. II. Adagio. III. Menuett (Presto). IV. Finale (Vivace).
8. Und warum sollten sie nicht? . . Sprechchor
9. Die Wüste . . . . . Tamerlin
10. Schlußsatz (Presto) aus dem Quartett D-moll . . . . . Schubert
11. Brüder im Kerker . . . . . Berta Lask

Aenderungen vorbehalten Programms bei den Funktionären

Eintrittspreis 1000 Mark und 300 Mark Steuer = 1300 Mark

Rauchen und Beifalls-Bezeugungen sind zu unterlassen. Die Saaltüren bleiben während der Vorträge geschlossen

Ausschneiden! Ausschneiden! In den Betrieben ankleben!

Achtung! Wo ? kauft man neue und gebrauchte **Möbel** sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten Bei H. Klugo Neumarkt 12, I

Der Gaspreis wird vom 12. 6. 1923 ab auf 1060 Mk. erhöht. Münzgußwertmarken werden vom 12. 6. 1923 ab zum Preise von 1060 Mark für das Stück abgegeben.

Städtische Betriebsdeputation.

Wanzen samt Brut kann jeder Laie in wenigen Stunden ohne Risiko, ohne Geld oder Zeitverlust, ohne Apparat durch das berühmte Linsolbas tödlichst radikal beseitigen. Nur durch Bergel. radikal. Beseit. Zu hab. in all. Drog.

Achtung Zahle die höchsten Preise für Alteisen, Altmetalle, Zeitung, Makulatur u. Papier und übernehme Maschinenabbrüche. **A. Linke** Lessingstraße 10 Telefon Ohle Nr. 6582 Nebenstelle. Achtung auf Hausnummer.

Beachtet unsere Inserenten!